Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags nachm. Bezugspreis frei Haus monatl. 15 500 M., durch die Post 14 500 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossensch. i. d. Bez. Halle-Merseburg, e. G. m. b. H. Halle, Leipzigerstr. 14. Fernruf 1045. 1047. 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 850 M. für den Millimeter Höhe und Spalte, 4000 M. für Reklame. Anschl. an den dreigespaltenen Textteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr entgegen. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 63. Fritz Krutz, Halle

Einzelpreis 700 Mark | **Freitag, den 13. Juli 1923** | **3. Jahrgang Nr. 161**

An die Partei!

Das Kabinett Cuno ist bankrott. Die innere und äußere Krise droht in den nächsten Tagen zur akuten Katastrophe zu führen. Die Nachrichten mehren sich, daß im besetzten Gebiet alle Vorbereitungen der rheinisch-westfälischen Separatisten fertig sind, um die Loslösung des rheinisch-westfälischen Pufferstaates vom Reich zu proklamieren. Würden sich im Augenblick nicht die von Frankreich bestochenen führenden Geister dieser Loslösungsbestrebungen wegen der zu verteilenden Posten in den Haaren liegen, dann wäre die erste Aktion zur Verwirklichung ihrer Pläne am 14. Juli, dem Jahrestage des Bastille-Sturmes, zu erwarten gewesen. Der Termin ist nur um einige Wochen aufgeschoben. Wenn nicht alle proletarischen Kräfte sofort zum energischen Kampf gegen diese Hochverräter eingesetzt werden, dann kommt die Rheinland-Republik schneller, als man erträumt.

Die süddeutschen Faszisten, die ihre Hand im Spiele haben und von denen ein Teil der Führer, ebenso wie die Dorten-Leute, von französischen Geldern ausgehalten werden, haben auf ihren Tagungen beschlossen, **die Proklamierung des rheinisch-westfälischen Pufferstaates zum Anlaß zu nehmen, um unmittelbar nach der Ernte ihrerseits loszuschlagen, um sich unter dem Vorwand, die Führung des aktiven Kampfes gegen den Franzoseneinbruch in die Hand zu nehmen, ebenfalls vom Reich loszulösen.** Die Aufmarschpläne der „Vaterländischen Verbände" sind bis aufs einzelne fertig. Ludendorff und Hitler haben alles vorbereitet, um **gegen Sachsen und Thüringen** zu marschieren. Die **norddeutschen faszistischen Organisationen**, die Verbände Pommerns, Oberschlesiens und Ostpreußens, haben alle Vorbereitungen getroffen **zur militärischen Niederwerfung von Berlin und Hamburg.** In Mecklenburg, der Provinz Brandenburg, Pommern werden Reitervereine der Faszisten gebildet. An der Warthe und an der Oder sind bereits Pontons bereitgestellt zum Brückenbau für die faszistischen Stoßtrupps. Die Reichswehroffiziere bilden die Faszisten militärisch aus. Maßgebende Teile der Reichswehr arbeiten Hand in Hand mit den Faszisten. Die Verbindung der Reichswehr mit den Faszisten ist die **militärische Stütze der Konterrevolution,** die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme unterstützen den **Faszismus, um das Sinnesprogramm gegen das Proletariat durchzuführen.**

Die sozialdemokratischen Regierungsstellen, die Abgeordneten im Reiche und in den Ländern, haben Berge von Material über die Vorbereitungen der Faszisten und Reichswehrstellen zum Bürgerkrieg. Sie sind zu feig, das Material zu veröffentlichen und die Arbeiterschaft zur Abwehr aufzurufen. Sie wissen, daß der Angriff bevorsteht; sie versuchen, mit einem Teil der deutschen Bourgeoisie die Große Koalition vorzubereiten, um so die Legalisierung des Faszismus dem Proletariat als das kleinere Uebel darzustellen.

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Wir gehen schweren Kämpfen entgegen! Wir müssen die höchste Aktionsbereitschaft entfalten. Auf die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbureaukratie ist kein Verlaß. **Wie in allen bisherigen Abwehrkämpfen des revolutionären Proletariats gegen die Konterrevolution wird die Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbureaukratie die Arbeiter auch jetzt im Stich lassen und verraten.**

Der Angriff des Faszismus braucht nicht in den Formen des Kapp-Putsches zu erfolgen; er kann beginnen als **Reichsexekutive gegen Sachsen und Thüringen;** er kann ausgehen von der Ausrufung der rheinisch-westfälischen Republik und dem Angriff auf die Abwehrbewegung der Arbeiter. **Selbst ein Angriff auf die Lohnkämpfe der Arbeiter kann die faszistische Front aufrollen.** Im Augenblick des Losschlagens der Konterrevolution wird die SPD. zwar wieder heulmeiern und radikale Töne von sich geben. Die Partei muß sich aber darüber klar sein, daß die SPD. und die Gewerkschaftsführer im ernsten revolutionären Abwehrkampf gegen den Faszismus völlig versagen werden, sie als Führer der Arbeiterschaft nicht in Frage kommen.

Wir Kommunisten können in dem Kampf gegen die Konterrevolution nur siegen, wenn es uns gelingt, ohne und gegen die verräterische Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftsbureaukratie, die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitermassen mit uns gemeinsam in den Kampf zu führen.

Zu diesem Zweck müssen sofort alle Vorbereitungen für eine kampffähige Abwehraktion getroffen werden.

Die Kontrollausschüsse müssen jetzt schon sich darauf einstellen, mit den verelendenden Kleinhändlern und Kleinbauern, sowie mit Hilfe der Landarbeiterschaft gegen die Großwucherer, Großhändler und Großagrarier die Versorgung der industriellen Kampfgebiete mit Lebensmitteln vorbereiten.

Die gemeinsamen proletarischen Abwehrorganisationen müssen allen Widerständen zum Trotz unverzüglich aus den Betrieben heraus organisiert werden.

Die Parteibezirke, die mit der Betriebszellenarbeit noch nicht fertig sind, müssen in den nächsten Tagen, **innerhalb kürzester Frist, arbeitsfähige Betriebszellen ins Leben rufen.**

Die Verbindungen der Bezirksleitungen mit den Ortsgruppen der Bezirke untereinander und mit der Reichszentrale sowie der Kurierdienst müssen sofort aufs sorgfältigste organisiert werden.

Die Partei muß ihre Organisationen so schlagkräftig machen, daß sie auch im offenen Bürgerkrieg in keinem einzigen Bezirk versagt.

Im Falle der Lahmlegung der legalen Verkehrsmittel, der Eisenbahn und der Post **bei einem Generalstreik oder bei militärischen Kämpfen,** muß die Verbindung zwischen den Organisationen, der Druck und die Verbreitung von Propagandamaterial usw. unbedingt sichergestellt sein.

Die Pläne der Faszisten sind bis aufs einzelne militärisch durchgearbeitet. Sie haben die Losung ausgegeben: **den Bürgerkrieg auf das brutalste und gewalttätigste durchzuführen. Alle Arbeiter, die den Faszisten Widerstand leisten, sollen, wenn sie gefangen werden, erschossen werden. Zur Niederwerfung des Streiks soll jeder zehnte Mann der Streikenden erschossen werden.**

Den schwersten Stoß haben unsere Genossen im alt- und neubesetzten Gebiet auszuhalten. Alleingelassen von den deutschen bürgerlichen Parteien, verraten von der Sozialdemokratie und von der Gewerkschaftsbureaukratie, unter dem Druck des gewaltigen französischen Militarismus, der brutal, erbarmungslos sein Ziel verfolgt, **wird die Kommunistische Partei den Angriff allein parieren müssen.** Sie kann sich der französischen Waffengewalt nicht mit bewaffneter Macht entgegenstellen, um so wuchtiger muß die Waffe des politischen Massenstreiks angewendet werden.

Der Faszistenaufstand kann nur niedergeworfen werden, wenn dem Weißen Terror der Rote Terror entgegengestellt wird. Erschlagen die Faszisten, die bis an die Zähne bewaffnet sind, die proletarischen Kämpfer, so müssen diese erbarmungslos alle Faszisten vernichten. Stellen die Faszisten jeden zehnten Streikenden an die Wand, so müssen die revolutionären Arbeiter jeden fünften Angehörigen der Faszistenorganisationen an die Wand stellen.

Die faszistischen Verbände sind vollständig militärisch bewaffnet. Die Arbeiter, die heute noch keine Waffen besitzen, müssen wissen, **wo und wie sie im Falle eines Angriffes sich Waffen beschaffen.** In der Hauptsache wird die unbewaffnete Arbeiterschaft die schwerbewaffneten Faszisten zunächst nur durch ihre Masse erdrücken können, sich erst im offenen Kampf mit den Faszisten, durch die Eroberung der Waffen der Faszisten, so ausrüsten, daß sie ihren Sieg vorwärtstreiben können.

Die KPD. muß das gesamte Proletariat unter ihrer Fahne in den Kampf führen. Sie muß daher jetzt schon, sofort, alles versuchen, um die sozialdemokratischen, die christlichen und die parteilosen Arbeitermassen für den wuchtigen Abwehrkampf gegen die Bildung eines rheinisch-westfälischen Pufferstaates zu gewinnen.

Die Partei muß aber auch entschlossen sein, unter allen Umständen allein zum Kampf aufzurufen und allein die Leitung des Kampfes zu übernehmen.

Diese Aktion bedeutet zum mindesten das Aufpflanzen der Fahne des revolutionären Widerstandes gegen den Entente-Imperialismus, des Widerstandes, der den siegreichen Abwehrkampf gegen den französischen Imperialismus im Bunde mit Sowjet-Rußland vorbereitet und dem Ziele, die Befreiung Deutschlands, entgegenführt.

Wir gehen entscheidenden Kämpfen entgegen. Wir müssen uns und die Massen vorbereiten ohne Nervosität, mit kühlem Blut und klarem Kopf. Die festgesetzten Termine des Losschlagens können wieder hinausgeschoben werden. Das ändert nichts an der gefährlichen Lage.

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Die Kommunistische Partei ist heute ein Machtfaktor wie noch nie in der deutschen Revolution. Im ganzen Reich strömen uns neue Mitglieder, neue Leser der Parteipresse zu Tausenden und Zehntausenden zu. Die Partei wird in den kommenden Tagen oder Wochen die Feuerprobe ablegen müssen. Gelingt es uns, die breiten Arbeitermassen, die heute kampfwillig sind, mobil zu machen und sie zielklar zu führen, dann kann dieser Kampf nur mit dem Sieg der Arbeiterklasse über die Konterrevolution enden.

Nur wenn wir den Willen zum Siege und zur Uebernahme der Macht haben, wenn jeder Kommunist bereit ist, für die Rettung und Befreiung der Arbeiterklasse sein Letztes zu opfern, nur dann wird unsere Partei die Partei des Sieges sein. Nur dann wird sie die revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung aufrichten, die mittels der Sachwerterfassung und Produktionskontrolle auf Kosten des Großkapitals die Arbeiterklasse, Angestellten, Beamten, den schwerbedrängten Mittelstand vor Untergang und Versklavung rettet und dem französischen Imperialismus eine kampffähige geschlossene Nation entgegenstellt.

Die Partei ist bereit, mit allen denen Schulter an Schulter zu kämpfen, die ehrlich und entschlossen nach innen und außen unter Führung des Proletariats kämpfen wollen.

Auf, schließt die Reihen der Avantgarde des deutschen Proletariats. Im Geist von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg laßt uns kämpfen!

Berlin, den 11. Juli 1923.

Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Komm. Internationale).

Genossen! Dieser Aufruf muß in den Betrieben angeschlagen werden!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230713-13/fragment/page=0001

Was bereitet sich in Deutschland vor?

Von A. Thalheimer

„Wir tanzen auf einem Vulkan und wir stehen vor einer Revolution, wenn wir nicht . . . die Gegensätze versöhnen können."

Diese Worte sprach vor wenigen Tagen Herr Stresemann, Führer der Deutschen Volkspartei, in einer Ansprache im Zentralvorstand dieser Partei.

Jedermann fühlt in Deutschland, daß wir am Vorabend einer entscheidenden Auseinandersetzung zwischen Bourgeoisie und Proletariat stehen. Jedermann weiß, daß die Führer der faszistischen Bewegung in Deutschland mit aller Macht zum Bürgerkrieg gegen die Arbeiterklasse rüsten. Jedermann weiß, daß die Häupter Ludendorff und Hitler sind und daß zahlreiche Offiziere der Reichswehr aufs engste mit ihnen verbunden sind und zusammen mit ihnen den Schlag vorbereiten. Die Pläne der verschiedenen faszistischen Strömungen und die Termine, die sie sich für das Losschlagen gesetzt, haben oft gewechselt. Aber unzählige sich gegenseitig bestätigende Nachrichten geben die Gewißheit, daß der Augenblick nahe ist. Die Grundlinien ihres Vorgehens sind ebenfalls klar. Sie stützen sich auf die sicher bevorstehende Niederlage der deutschen Bourgeoisie im Kampfe gegen Poincaré und die anderen imperialistischen Räuber. Sie nützen das feige Verhalten der Regierung Cuno, das Versagen der anderen bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie im nationalen Abwehrkampf aus. Sie stützen sich auf den Unwillen der verhungernden Kleinbourgeoisie und Intelligenz, die in der ersten Phase der deutschen Revolution mit der Sozialdemokratie und dem Sozialismus sympathisierten und die jetzt schwer enttäuscht sind. Sie nützen die Hoffnungslosigkeit breiter Arbeiterschichten aus, die der fortgesetzte Verrat der Sozialdemokratie gleichgültig oder verzweifelt gemacht hat. Wozu wollen sie das ausnützen? Um unter dem Deckmantel der nationalen Abwehr gegen die Invasion an der Ruhr und des schändlichen Versailler Vertrages den Krieg gegen die Arbeiterklasse zu eröffnen und die Diktatur des Faszismus aufzurichten. Diese Diktatur soll das Programm der Schwerindustriellen durchführen: die Zertrümmerung der Arbeiterorganisationen, die Niederreißung aller Schranken der kapitalistischen Ausbeutung, den zehnstündigen Arbeitstag, die Auslieferung aller Staatsbetriebe an das Privatkapital.

Vielleicht wird die Ausrufung der Rheinischen Republik, die trotz aller Ableugnungsversuche von den gekauften Werkzeugen von Poincaré-la-Ruhr fieberhaft vorbereitet wird, die Lawine ins Rollen bringen. Vielleicht ein anderes Ereignis.

Kein Mensch kann sich über den Ernst der Lage mehr täuschen. Die Faszisten für sich genommen, wären unbedeutend. Aber sie können sich militärisch auf die Reichswehr stützen. Alle Schichten der Bourgeoisie sind bereit, sich ihnen zu beugen; denn sie wissen natürlich, daß, wenn der Kampf einmal entbrannt ist, nur die Diktatur des Faszismus oder die proletarische Diktatur in Frage steht. Die Sozialdemokratie als Partei fürchten sie nicht. Sie ist unfähig zum Kampf. Ihre Führer werden entweder feige ausreißen oder sich unterwerfen.

Die einzige wirkliche Kraft, die den Kampf mit ihnen an der Spitze der proletarischen Massen aufnehmen kann und wird, ist die Kommunistische Partei.

Unsere Partei bietet alle Kraft auf, um die Arbeiterklasse fähig zum Kampf und Sieg zu machen. Sie hat in den letzten Wochen und Monaten rapid an Sympathien und Vertrauen, an Lesern und Mitgliedern gewonnen. Sie erfüllt sich bis zum letzten Mitglied mit dem Willen, dem Streich der Faszisten mit äußerster Kraft und Unerbittlichkeit zu begegnen. Sie entfaltet eine breite Massenpropaganda, um die Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten zur geschlossenen Abwehr gegen den Faszismus geistig und organisatorisch vorzubereiten und die kleine Bourgeoisie zu neutralisieren oder teilweise zu sich herüberzuziehen.

Der Kampf wird äußerst erbittert sein. Er wird entscheiden über das Schicksal der europäischen Arbeiterbewegung in den nächsten Jahren.

Die Entscheidung wird von der größten Bedeutung sein auch für die französische Arbeiterklasse.

Die französische Arbeiterklasse kann den Kampf der deutschen Arbeiterklasse erleichtern, wenn sie mit verdoppelter Energie den Kampf gegen die Annexionspläne Poincarés, gegen die Pläne des Hüttenkomitees zur Ausplünderung der deutschen Arbeiterschaft aufnimmt, wenn sie ihre Propaganda in der Besatzungsarmee, ihre Aufklärung unter der Bauernschaft verstärkt.

Die Zentrale der KPD. hat soeben einen Aufruf: „An die Partei" erlassen, der genaue Anordnungen für den Kampf, politische und organisatorische, trifft. Der Kampf wird sie auf dem Posten finden.

Die Streiklage in Berlin

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 13. Juli.

Nach bürgerlichen Meldungen sollen die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die Beilegung des Bauarbeiterstreiks in Berlin zu einem positiven Ergebnis geführt haben. Die Bauarbeiter haben jedoch durch die von ihnen selbstgeschaffenen Körperschaften, die Baudelegiertenkommissionen, von vornherein jedes Angebot abgelehnt, in dem nicht die Forderungen der Baudelegierten der Vollversammlung berücksichtigt sind. Die Gewerkschaftsbureaukratie greift deshalb die Kommission der Berliner Baudelegierten an und bezichtigt sie, eine kommunistische Vereinigung zu sein.

Zum Metallarbeiterstreik gibt die kommunistische Minderheit der Zentralstreikleitung eine öffentliche Erklärung ab, in der die reformistische Mehrheit für den Zusammenbruch des Metallarbeiterstreiks in Berlin verantwortlich gemacht wird. Der begeisterte Kampfeswille der Berliner Metallarbeiter ist durch unwirksame Teilaktionen und durch die Schieber systematisch zersetzt worden.

30000 Mk. Stundenlohn

(Eigene Drahtmeldung)

Aue, 13. Juli.

In Aue (Erzgebirge) haben die Bauarbeiter ein Lohnabkommen abgeschlossen, das für die zweite Juliwoche einen Stundenlohn von 30 000 Mark vorsieht.

Die Arbeiter fordern die Einheitsfront gegen Hunger und Faszismus

(Eigene Drahtmeldungen)

Die Stimmen innerhalb der Arbeiterschaft für einheitlichen Kampf gegen weitere Verelendung und gegen die Gefahr des Faszismus mehren sich in erfreulichem Maße. Die Eisenbahner von Gera verlangen in der in ihrer halbjährigen Generalversammlung angenommenen Entschließung die Schaffung der Einheitsfront des gesamten Proletariats. Als Voraussetzung dafür betrachten sie die Erhaltung der gewerkschaftlichen Einheit. Sie fordern die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Berliner Eisenbahner in den DEV. Außerdem ist in der Resolution die sofortige Bildung gemeinsamer proletarischer Hundertschaften beschlossen.

In Weimar fordern die Eisenbahner in einer einstimmig angenommenen Resolution Bildung einer gemeinsamen Abwehrfront der Arbeiter, Verwaltung gegen den Faszismus, Bildung von Kontrollausschüssen.

Die Arbeiter der Jenaer Stiftungsbetriebe Zeiß u. Schott versichterten sich zunächst zur Abführung eines Stundenlohnes für die Berliner Metallarbeiter während der Streikdauer. Gegen den Faszismus betrachten es die Belegschaften als proletarische Pflicht, **daß die SPD. und KPD. Sachsens und Thüringens gemeinsame Beratungen zwecks Abwehr der faszistischen Gefahr und Sicherung der Lebensexistenz auf der Grundlage des Friedensreallohnes zusammen kommen.**

Der Betrug mit den wertbeständigen Löhnen

WTB. Berlin, 12. Juli.

Heute nachmittag fand im Reichsfinanzministerium unter Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Hermes mit den Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches eine Besprechung über die Frage der Erhaltung des Lohnwertes statt. Nach eingehender Aussprache wurde von beiden Seiten eine Kommission zur Ausarbeitung von gemeinsamen Richtlinien gebildet, welche ihre Arbeit sofort aufnehmen wird.

*

Die Kommission wird wiederum ein bischen „Arbeit" mit viel „Kapital" vermischen, so daß die „wertbeständigen Löhne" wohl einen schönen Geruch aber einen verdammt bitteren Geschmack bekommen. Wo bleibt der präzise Vorschlag der Gewerkschafter, für den eventuell die Gesamtarbeiterschaft mobil gemacht wird?

Der „Stahlhelm"häuptling Duesterberg der bewußten Lüge beschuldigt

In einer öffentlichen Erklärung hat der Oberstleutnant Duesterberg seine zum Oberbürgermeister von Eisleben gesagten Worte: **„Lieber jetzt ein paar Verletzte, wie in einigen Wochen hunderte"**, abgestritten oder versucht, ihnen eine andere Wendung zu geben. Er hat damit den Oberbürgermeister als Lügner hingestellt.

Dieses feige Verhalten Duesterbergs, das mit „deutschem Mut und deutscher Mannestreue" verdammt wenig zu tun hat, zwingt den Eisleber Oberbürgermeister zu einer nochmaligen öffentlichen Erklärung:

Die von mir, in meiner amtlichen Eigenschaft als Polizeichef, in der letzten Stadtverordnetenversammlung abgegebene Erklärung über die Vorgänge am Sonntag, dem 24. Juni d. J., in Eisleben, entsprechen der Wahrheit. Ich erkläre daher — auch in meiner amtlichen Eigenschaft als Polizeichef — die Richtigkeltellung des Herrn Duesterberg in aller Oeffentlichkeit für unwahr. Wenn Herr Oberstleutnant a. D. Duesterberg, es für „besonders taktvoll" hält, in der Oeffentlichkeit von meiner Person als von einem „jugendlichen Herrn" zu sprechen, so ist das ja für mich sehr schmeichelhaft, feststellen muß ich aber, daß diese Art, in der Oeffentlichkeit von dem ersten Beamten einer Stadt zu sprechen, meines Erachtens ein Mangel guter Erziehung bedeutet.

Claus, Oberbürgermeister.

Wir haben keine Ursache, an der Wahrheit dieser Erklärung zu zweifeln, um so weniger, da wir aus eigener Anschauung wissen, daß die Pressestelle des Herrn Duesterberg und die Hakenkreuz-Presse, die nach eigenen Angaben des Duesterberg von ihm selbst unterrichtet worden ist, verlogene Darstellungen über die Eisleber Vorgänge gebracht hat. Der Eisleber Bürgermeister fordert Duesterberg heraus, aus dieser öffentlichen Erklärung die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen. Sollte er es nicht tun, dann überführt der Bürgermeister das Urteil über Duesterberg der Oeffentlichkeit.

In aller Oeffentlichkeit und in aller Form wird der Führer des „Stahlhelms", der königliche Oberstleutnant Duesterberg, der Lüge beschuldigt. Herr Duesterberg wird sich dagegen wehren müssen, er wird wegen dieser ehrenrührigen Beleidigung den Eisleber Bürgermeister verklagen müssen. Seine Ehre und seine Wahrhaftigkeit, **die von ihren Führern zu fordern die „Stahlhelm"mitglieder ein Recht haben**, wird in ein hedenkliches Licht gerückt. Was wird Herr Duesterberg tun? Wird er dieselbe Methode anwenden, die Oberst Bauer empfohlen hat, wenn es sein muß, zehn Meineide an einem Tage zu leisten, und die der Hauptmann Kessel befohlen hat, und wegen der Ehrhardt unter Anklage steht, oder wird er schweigen? In beiden Fällen ist er gerichtet, ist er gekennzeichnet als ein typischer Weißgardist, **blutgierig und feige, als ein Mensch, der nicht zu seinen Taten steht.**

Von der Eisleber Polizeiverwaltung ist der „Stahlhelm"überfall der Staatsanwaltschaft übergeben worden, auch wird der Preußische Landtag sich mit den Vorgängen noch befassen. Wir sind nun wirklich neugierig, ob die hallische Staatsanwaltschaft die Courage aufbringen und gegen den „Stahlhelm" die Anklage erheben wird.

Der „Stahlhelm" rüstet

Trotz des Verbots des „Stahlhelms" wird z. B. auch aus Coswig in Anhalt gemeldet, daß diese Faszistengesellschaft mit jedem Tage der Arbeiterschaft frecher und frecher begegnet. Sie fahren in die Umgegend bis nach Wittenberg und halten militärische Uebungen ab. Außer dem „Stahlhelm" gibt es dort einen „Wehrwolf" und eine „Wölffleim"-Gruppe.

Auch in Sachsen macht der „Stahlhelm" Fortschritte. So wurden jüngst in Plessa eine Gruppe von ungefähr 14 Mann gebildet, an deren Spitze ein Leutnant steht.

Auch aus Pommern kommen immer neue Meldungen über faszistische Rüstungen. Besondere Aufmerksamkeit verdient dort auch die Reichswehr. Wie es heißt, soll auch der in Pommern auf Festung weilende von Jagow größere „Urlaubsreisen" unternehmen und sich z. B. auf einem Gute bei Stargard mit dem bekannten Lettow-Vorbeck zu Konferenzen getroffen haben. . . . Die faszistische Jugend in Pommern läuft größtenteils uniformiert herum. Das Proletariat in Pommern muß ganz besonders auf der Hut sein, sich nicht überrumpeln zu lassen.

Auflösung der nationalsozialistischen Partei in Hamburg

Hamburg, 12. Juli.

Der frühere Leiter der Hamburger Ortsgruppe der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Joseph Klant wurde, wie die Staatliche Pressestelle mitteilt, verhaftet und dem hiesigen Amtsgerichte zugeführt. Gleichzeitig wurde die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, wie in Preußen, so auch in Hamburg verboten.

Massenverhaftungen und Inquisition in Bulgarien

Der Wiener Korrespondent des Arbeiterblattes „Daily Herald" meldet seiner Zeitung:

„Wie ich aus gut informierter Quelle erfahre, hat die neue Regierung in Bulgarien die Auflösung der Kommunistischen Partei angeordnet. Achthundert Kommunisten wurden bisher verhaftet und arg mißhandelt und werden gegenwärtig in den verschiedenen Gefängnissen Bulgariens festgehalten." Der Korrespondent bestätigt auch die Verhaftung des Genossen Kolarosf.

*

Diese Meldung entlarvt die bulgarische Putschregierung, an der eine Partei der 2. Internationale beteiligt ist, vor der ganzen Welt als eine Faszistenregierung schlimmster Sorte. **Und diese Regierung getraute sich die deutsche Sozialdemokratie, der „Vorwärts", den Arbeitern als „demokratische Regierung" anzupreisen! Wie lange noch werden die sozialdemokratischen Arbeiter die Schmach dulden, in einer Internationale zu sein, deren Mitglieder ihre Brüder verhaften, mißhandeln und hinmorden lassen? Die Hamburger Internationale, vor allem aber die sozialistische Arbeiterschaft, hat das Wort.**

Worowskis Mörder soll befreit werden!

Moskau, 11. Juli.

Die Moskauer Zeitungen teilen auf Grund zuverlässiger Nachrichten aus Basel mit, daß die Lausanner Behörden beschlossen haben, Conradi, dem Mörder Worowskis, die Flucht aus dem Gefängnis zu ermöglichen, um einem unangenehmen Prozeß aus dem Wege zu gehen.

Eine Ohrfeige für sozialdemokratische Verleumder

(Eigene Drahtmeldung)

Jena, 12. Juli.

Der sozialdemokratische Minister Hermann in Thüringen reist im Lande umher, hält Reden und schreibt lange Artikel. Während in Sachsen die Arbeiter beider Parteien eine gemeinsame Front gegen die Bourgeoisie und den Faszismus praktisch aufbauen, erschöpft sich Minister Hermann in einer sich ständig steigernden Kommunistenhetze. Dabei kommt es ihm nicht einmal auf die Mittel an.

So hat der Minister Hermann in einer Versammlung erklärt:

„Die Kommunisten lehnten in Thüringen die Mittel für die Anschaffung der Panzerautos ab und machten diese Forderung zum Ausgang einer großen Kampagne gegen die Regierung in Thüringen. In Sachsen aber haben die Kommunisten die Mittel für die Anschaffung von Panzerautos bewilligt gegen die Aushändigung einer Bescheinigung, daß die Panzerautos nur gegen rechts in Anwendung kommen."

Unser Genosse Siewert hat festgestellt, das diese Behauptung eine Lüge sei. Der Minister Hermann blieb trotzdem bei seiner Behauptung. Wir sind in der Lage, folgende Erklärung des sächsischen Innenministers Liebmann zu veröffentlichen:

Dresden, den 9. Juli 1923.

Ich bestätige hiermit, daß in Sachsen vom Kabinett Zeigner keine Mittel für die Anschaffung von Panzerautos angefordert worden sind. Die kommunistische Landtagsfraktion kann darum auch keine Mittel zur Anschaffung von Panzerautos bewilligt haben.

Alle gegenteiligen Behauptungen entsprechen nicht der Wahrheit. Es ist auch nicht richtig, daß die kommunistische Landtagsfraktion gegen die Aushändigung einer Bescheinigung sich verpflichtet hat, Mittel für die Anschaffung von Panzerautos zu bewilligen.

gez. Liebmann, Minister des Innern, Sachsen.

Es ist jetzt dem Minister Hermann zu wiederholten Malen nachgewiesen, daß er unwahre Behauptungen in der Oeffentlichkeit aufstellt. So sieht der Kampf aus, den der Minister Hermann gegen die Kommunisten führt. Im Interesse der Arbeiterschaft würde es liegen, wenn dieser Sozialdemokrat mit den Kommunisten gegen Faszismus und Reaktion praktisch kämpfen würde.

Stinnes lobt Urich

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" läßt Stinnes die Leitung des Metallarbeiterverbandes in Berlin leben. Stinnes ist zufrieden mit der Haltung der Verbandsbureaukratie vor dem Streik und während des Kampfes. Er ist zufrieden mit der Abwürgung des Streiks. Um so größer die Empörung und Erbitterung in den Reihen der Metallarbeiter. Der Streik ist gegen ihren Willen abgewürgt worden. Eine tückische formale Bestimmung, die die Verbandsbureaukratie eingeschmuggelt hat, ist stärker als die Masse der Mitgliedschaft. Eine 4/5-Majorität stimmt für die Fortsetzung des Kampfes; ein Teil der Metallarbeiter hat nicht mit abgestimmt, konnte vielleicht nicht abstimmen; das formale Statut rechnet die Faulen und die Verhinderten als Gegner des Streiks. So kam 1/4 zustande, das schwerer wiegt, als 4/5 der Abstimmenden. Ein großartiger Sieg der Verbandsbureaukratie. Die Kapitalisten reiben vergnügt die Hände. Mit einem lächerlichen Lohn sind die Metallarbeiter wie geprügelte Hunde fortgejagt worden. Noch ist der Lohn nicht ausgezahlt und schon sind die Preise vervielfacht über die Zulage hinweggestiegen. Schmunzelnd konstatiert das Stinnesblatt auch, daß zwar für Juli keine Lohnherabsetzung vorgesehen sei, daß Lohnherabsetzungen nach dem heimlichen Index grundsätzlich aber möglich seien. Die Metallarbeiter sind abgespeist mit einem Index nach Kartoffeln und Graupen. Was verdient dafür die Verbandsbureaukratie?

Deutschland, das teuerste Land der Welt

Wie bereits mitgeteilt, ist das deutsche Getreide seit einiger Zeit im Preis weit über dem Weltmarktpreis hinausgegangen. Dieser Zustand hat sich seit kurzer Zeit so verschärft, daß die Differenz heute mindestens 40 Prozent beträgt, wobei beachtet werden muß, daß im Preis für amerikanisches und russisches Getreide, das hauptsächlich für den deutschen Markt in Frage kommt, die teure Fracht bis zu den deutschen Häfen inbegriffen ist. Mit der letzten Preiserhöhung für die deutsche Eisen- und Stahlindustrie haben auch die Eisenpreise das Weltmarktniveau überschritten. Der deutsche Stahlbund will diese Tatsache dadurch verschleiern, daß er die Notierungen für das unbesetzte Gebiet einstellt. Die Preise für das aber leicht zu errechnen. Im besetzten Gebiet kostet Stabeisen pro Tonne augenblicklich 6 675 000 Mk., was ungefähr dem Weltmarktpreis entspricht. Da die oberschlesischen Werte schon nach der letzten Notierung pro Tonne 525 000 Mk., die anderen Werte im unbesetzten Gebiet 300 000 Mk. darüber genommen haben, beträgt der tatsächliche Stabeisenpreis in Deutschland 7 200 000 Mk.

Gleichzeitig wird englisches Stabeisen in Hamburg zu 8 1/4 Pfund angeboten, das ist bei einem Pfundstand von etwa 300 000 Mk. gleich 6 800 000 Mk. für die englische Tonne von 1016 Kilogramm.

Auch die Kohle, die heute noch knapp unter dem Weltmarktpreis liegt, wird nach der neuerlichen Preiserhöhung um 50 bis 58 Prozent die Weltmarktpreise überschritten haben.

Die wichtigsten Artikel, Getreide, Eisen und Kohle sind somit teurer als in den valutastärksten Ländern. Ihnen werden in Kürze sämtliche übrigen Warengruppen folgen. Ermöglicht wird dieser skandalöse Zustand durch die Cuno-Regierung, die durch ihre Devisenverordnung und durch die Schiebermethoden bei der Verausgabung der Devisen jede Einfuhr der billigeren Waren aus Ausland hemmt und den Wucher ins Ungemessene wachsen läßt.

Die Agrarier und Industriellen haben nicht nur Friedenspreise, sie haben Ueberfriedenspreise. Die Arbeiter haben Löhne, die mindestens 1/4 der Friedenslöhne ausmachen. Der Kampf um den Realfriedenslohn, der Kampf gegen den deutschen Kapitalismus, der Kampf gegen die kapitalistische Regierung Cuno ist das Gebot der Stunde!

Der Parchimer Mord vor dem Staatsgerichtshof. Der Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof in Leipzig hat wegen der Parchimer Mordaffäre die Voruntersuchung eröffnet. Das Verfahren richtet sich gegen zwölf Angeschuldigte. Von den in Berlin verhafteten Personen sind die Angeschuldigten Richter und Jurisch noch in Untersuchungshaft, während der Angeschuldigte Bernhard auf Antrag seines Verteidigers, des Rechtsanwalts Dr. P. Bloch, auf freien Fuß gesetzt worden ist.

Cuno will Zeigner Mores lehren. Der sächsische Ministerpräsident Zeigner ist gestern in Berlin gewesen und hat den Reichskanzler besucht. Die Aussprache war vertraulich.

1 Dollar in Amerika 190475 Mark

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230713-13/fragment/page=0002

Der englische Standpunkt

(Eigene Drahtmeldung)

London, 13. Juli.

Im gestrigen Unterhause hielt der britische Präsident Baldwin seine seit langen erwartete Rede über „Reparationen und Ruhrbesetzung". Sie gipfelte in der Versicherung, daß England und Frankreich in vielem einig und lediglich vorübergehend in den Methoden uneinig seien. Die Ziele sind nach wie vor die: Bezahlung der Reparationen und die Wiederherstellung der Sicherheit in Europa. Deutschland ist in seiner äußersten Leistungsfähigkeit zur Zahlung zu zwingen. Die Ruhrbesetzung durch Frankreich und Belgien freilich sei ein unglückliches Mittel, um dieses Ziel zu erreichen. Die Reparationen sind geringer geworden. Nur um den Preis der völligen Zerrüttung des deutschen Wirtschaftssystems mit der Aussicht auf den vollständigen Zusammenbruch ist Frankreich in den Kampf eingetreten. England sieht seine Aufgabe darin, die Liquidation dieser falschen Methoden auf beiden Seiten zu erwirken, natürlich in vollster Loyalität gegenüber seinem Kampfesgenossen Frankreich. Praktisch wird zunächst eine Note an die deutsche Regierung gerichtet, **um diese zu einem neuen, noch weitergehenden Angebot als bisher zu bewegen.**

Die Franzosen rücken weiter vor

WTB. Barmen, 13. Juli.

Heute morgen gegen 7 Uhr rückte eine große Abteilung französischer Truppen aller Waffengattungen, die aus der Richtung Hattingen-Haussen kamen, hier ein und besetzten die öffentlichen Gebäude, wie Rathaus und Post, sowie die sämtlichen hiesigen Bahnhöfe. Der Fernsprechverkehr ist zurzeit noch nicht unterbunden. Auf den Bahnhöfen wurde heute vormittag 9 Uhr bereits die Kontrolle ausgeübt. Die Franzosen befinden sich zurzeit im Anmarsch auf Elberfeld von Thronenberg her.

Ruhrbilanz

Die bürgerlichen Blätter machen eine Seismonaisbilanz des Ruhrkriegs auf. Sie vergessen dabei nur, daß in dieser Bilanz Opfer und Gewinne ungleich verteilt sind unter Arbeiterherrschaft und Unternehmertum.

Die Ruhropfer der Arbeiter

Ein paar Zeilen über die seit dem 11. Januar 1923 ausgewiesenen, vertriebenen, verhafteten und verurteilten Arbeiter, Angestellten und Beamten:

Gesamtzahl der aus ihren Wohnungen vertriebenen Beamten, Angestellten und Arbeiter 7125, der aus dem Gebiete ausgewiesenen Beamten, Angestellten und Arbeiter 6379, der durch die Vertreibung aus den Wohnungen betroffenen Familienangehörigen der vertriebenen Beamten, Angestellten und Arbeiter 22 566, der von den Ausweisungen betroffenen Familienangehörigen der ausgewiesenen Beamten, Angestellten und Arbeiter 15 905, der Verhaftungen 676, der von den französischen Kriegsgerichten Verurteilten 124, Zahl der Gesamtsumme der Strafen 223 Jahre, 8 Monate, 10 Tage, der Geldstrafen 250 Fr., 148 558 200 Mark, der schweren und leichten Mißhandlungen 126, Zahl der Tötungen 6.

Nur Arbeiter, Angestellte und Beamte. Kein Kapitalist und kein Grundbesitzer.

Die Ruhrgewinne der Kapitalisten

Die Ruhrbilanz des Unternehmertums weist Milliardengewinne aus. Legaler und illegaler Handel mit dem Erbfeind wirft schöne Frankenprofite ab. Der Ruhrkredit der Cuno-Regierung erleichtert das „Durchhalten".

Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat in Hamburg erhielt allein von der Reichsbank auf nicht wertbeständige Dreimonatswechsel fast 900 Milliarden Mark, von der Reichskreditgesellschaft 200 Milliarden Mark und neuerdings noch einmal 200 Milliarden Mark, die allerdings auf der Grundlage des Preises für die Feitförderkohle wertbeständig gemacht werden sollen, bis jetzt aber noch Papiermarktkredite sind. Außer diesen rund 1300 Milliarden erhielten die kleinen Syndikate, wie das Rheinische Braunkohlensyndikat und das Aachener Steinkohlensyndikat besondere Kredite von 15 bis 20 Milliarden. Ferner wurden an Privatbanken 400 Milliarden ausgeliehen. Die landwirtschaftlichen Verbände, wie die Winzer, erhielten ein paar Milliarden, so daß sich die Gesamtsumme dieser nicht wertbeständigen Kredite auf über zwei Billionen belläuft.

Die Kredite an die Hüttenbesitzer wurden wertbeständig gemacht in einer Zeit, als man noch mit einer Besserung des Marktkurses rechnete. Die Hälfte sollte auf Pfund lauten, die andere Hälfte auf Grundlage der Eisenpreise zurückzahlbar sein. Solange der Leihungsmodus „halb und halb" bestand, nahmen die Unternehmer von den 300 Milliarden, die für sie ausgesetzt waren, nur 66 Milliarden in Anspruch. Ende Mai drückten sie durch, daß allgemein bis auf 5 Prozent der Eisenpreis, den sie bei einem Warenvorrat von rund anderthalb Billionen Mark in nächster Zeit bis zu einem gewissen Grade regulieren können, als Berechnungsbasis dienen soll, und nun nahmen die Kreditansprüche so zu, daß vor einigen Tagen weitere 300 Milliarden bewilligt werden mußten. Bei dieser Gelegenheit wurden auch noch die letzten 5 Prozent Pfundkredite beseitigt.

Daneben gibt es noch Entschädigungen für Besetzungen. Wenn die Franzosen Kohlenhalden besetzen, bezahlt die deutsche Regierung auf Kosten der deutschen Steuerzahler den Kohlenbaronen den Raub, damit sie besser passiven Widerstand leisten und mit den Franzosen über die Kohlenabfuhr sich verständigen.

Militaristische Brutalität

Wie die Franzosen gegen Eisenbahnarbeiter und -beamten in Recklinghausen vorgingen, darüber berichtet uns ein Genosse:

Am 2. Juli, morgens 6 Uhr, begann im Stadtteil Recklinghausen-Süd die Jagd auf die unglücklichen Eisenbahner. Ein großes Truppenkommando mit aufgepflanztem Bajonett war aufgeboten. Die Frauen und Kinder wurden kurzerhand auf die Straße getrieben. Die Mütter hatten nicht einmal so viel Zeit, die Kleinen notdürftig anzuziehen. Wer nicht schnell parierte, wurde mit der Peitsche zur Eile getrieben und gezüchtigt. Alte und kranke Frauen wurden von diesen Mißhandlungen nicht ausgenommen. Nicht einmal die notwendigsten Sachen für die Kleinen konnten eingepackt werden. Klagende Mütter mit nur wenige Wochen alten Säuglingen wurden auf die Straße getrieben. Eine Reihe von französischen Soldaten weigerte sich, bei diesen Brutalitäten mitzuwirken. Frauen und Kinder wurden auf bereitstehende Lastwagen getrieben und zunächst auf den Hof eines Gymnasiums gebracht. Hier wurden sie mit der Peitsche von den Lastwagen heruntergetrieben.

Militärischer Aufwand

Stärke der Armee im Ruhrgebiet 87 000 Mann (80 000 Franzosen, 7000 Belgier), Infanterie, Artillerie, Kavallerie, Tanks, Flieger, Pionierabteilungen usw., dazu im altbesetzten Gebiet 96 000 Franzosen, 17 000 Belgier, im Brückenkopf Kehl 1000 Franzosen, ferner 10 000 französische und 100 belgische Eisenbahner.

Der Terror gegen die wehrlose Bevölkerung

Bis Anfang Juli: Getötet: 92 Personen. Verurteilt: Zum Tode: 9 Personen. Gesamthöhe der Freiheitsstrafen: rund 1000 Jahre. Im einzelnen 967 Jahre, 7 Monate, 23 Tage Gefängnis und Zwangsarbeit, zwei Personen zu lebenslänglichem Zuchthaus oder Zwangsarbeit.

Gesamthöhe der Geldstrafen: 1,64 Billionen Mark und 108 000 Franken.

Aus den Betrieben und Werkstätten

Wertbeständige Vorschüsse

Zschornewitz, 11. Juli.

Vom Arbeiterrat des Reichskraftwerkes Zschornewitz wird uns geschrieben:

Die Elektrowerke Reichskraftwerk Zschornewitz sind in letzter Zeit dazu übergegangen, Vorschuß und Darlehenszahlungen an Arbeiter und Angestellte wertbeständig zu machen, die nicht im Laufe der nächsten Woche oder Monat zurückgezahlt werden. Was bedeutet dies für die Arbeiterschaft? Wenn heute auf Grund einer besonderen Notlage ein Arbeitskollege gezwungen ist, bei den Elektrowerken ein Darlehen oder Vorschußzahlung zu nehmen, so muß er sich verpflichten, nicht die geliehene Summe zurückzuzahlen, sondern diese umgerechnet in Lohnstunden zurückzahlen. Ein Beispiel: Wenn ein Werksangehöriger eine Summe von 400 000 Mk. leiht, so sind es umgerechnet 60 Lohnstunden, die in 6 Wochenraten, à 10 Lohnstunden, zurückgezahlt werden müssen. Erfolgt nun in dieser Zeit, angenommen drei Lohnerhöhungen zu je 50 Prozent, so bezahlt der betreffende Beschäftigte für die kurze Spanne Zeit einen Zinsfuß von 150 Prozent. Was schreiben aber immer mit schönen Worten die bürgerlichen Zeitungen? Der Wucher ist ein Grundübel unseres heutigen Zerfalles, und die Juden sind die Hauptträger desselben. Was schreiben aber dieselben Zeitungen zu der schamlosen Ausbeutung und Ausnutzung der Notlage der ärmsten der Armen? Nichts, sondern beanspruchen es als ihr gutes Recht, und wenn es selbst ein Reichskraftwerk ist.

Arbeiter, Angestellte! Meidet auf alle Fälle eine Vorschußzahlung und liefert Euch nicht dem Wucher aus. Ist es nicht ein Hohn auf die gesamte Arbeiterschaft, wenn man es wagt, derartige Maßnahmen zu ergreifen. Was tun aber die Gewerkschaften, um mit derselben Rücksichtslosigkeit dieselben Forderungen durchzudrücken und die wertbeständigen Löhne zu erkämpfen?

*

Diese Meldung zeigt deutlich, wie das Unternehmertum mit allen Mitteln die Not der breiten Massen ausnutzt. Diese Maßnahmen, die uns auch von anderer Seite mitgeteilt werden, bedeuten Wertbeständigkeit des Wuchers, Wertbeständigkeit der Ausbeutung! Die Börsenspekulanten spekulieren selbst mit den paar Kröten, die sie dem hungrigen Proletarier gnädigst borgen. Aus jedem Dreck schlagen die Börsenjobber Profit. Selbst die Lohnsteuer wird verspätet abgeliefert und der Staat somit bemogelt. Alle Mittel sind diesen Geldsackpatrioten mit und ohne staatlichem Anstrich recht. Alles, alles von dem der Proletarier nichts hat, ist wertbeständig! Jetzt redet man große Töne von der Wertbeständigkeit der Löhne. Doch die Art dieser „Wertbeständigkeit" ist nur eine Verewigung des Elends. Das Proletariat muß einsehen, daß man es mit dieser Wertbeständigkeit nur einschläfern will. Da heißt es erst recht, auch dem letzten Kollegen den Schlaf aus den Augen gewischt!

Die Funktionäre Groß-Berlins des Deutschen Verkehrs-Bundes zur Verständigungskonferenz der Transportarbeiter

Die Berliner Konferenz der IVF. mit den Vertretern der RGI. hat bei der gesamten Arbeiterklasse die lebhafteste Begeisterung hervorgerufen. Die Arbeiter erkennen, daß die Berliner Beschlüsse bei gewissenhafter Durchführung durch die Gewerkschaftsinstanzen sowie aktivster Beteiligung der Gesamtarbeiterschaft die Gewähr geben, die Angriffe der Reaktion abzuwehren und einen neuen kapitalistischen Krieg zu verhindern. In klarer Erkennung der Sachlage beschäftigten sich die Berliner Funktionäre des DVB. mit den Aufgaben, welche sich aus den Beschlüssen der Konferenz ergeben. In einer mit großer Majorität und größter Begeisterung der in den Betriebe stehenden Funktionäre angenommenen Resolution wird zum Ausdruck gebracht, fest hinter den Beschlüssen zu stehen und die Anweisungen des zu bildenden Aktionsausschusses gewissenhaft durchzuführen. Vom Hauptvorstand des DVB. wird verlangt, die Beschlüsse der Konferenz der gesamten Mitgliedschaft zur Kenntnis zu geben, sowie alle Verwaltungsstellen anzuweisen, in Mitglieder- und Betriebsversammlungen dieselben zur Aussprache zu stellen. Eine weitere Resolution wendet sich gegen den Steuerraubzug auf die Taschen der Arbeiter und verlangt vom Hauptvorstand, sich unbedingt gegen den 10prozentigen Steuerabzug zu wenden und für unbedingte Steuerfreiheit des Existenzminimums der arbeitenden Bevölkerung einzutreten.

Die Berliner Funktionäre haben den Weg gezeigt, der gegangen werden muß, um die Arbeiterschaft vor völliger Verelendung, drohenden Faszismus und kapitalistischer Kriegsgefahr zu bewahren. Sie haben sich für volle Unterstützung der russischen Sowjetmacht erklärt. Durch diese wuchtige Kundgebung des Deutschen Verkehrsbundes Groß-Berlins mit 130 000 Mitgliedern, werden alle Saboteure der Einheitsfront beiseite geschoben und somit der Weg frei für den Abwehrkampf der Arbeiterklasse bis zum Siege der Ausgebeuteten über ihre Ausbeuter.

Für die Mitglieder sämtlicher Verwaltungsstellen des Reiches der sämtlichen gewerkschaftlichen Verkehrsverbände ergibt sich die Pflicht, gleich den Berliner Funktionären sich hinter die Beschlüsse der Verständigungskonferenz zu stellen und streng darauf zu achten, daß die Bewegung durch sabotierende Führer nicht versandet. Je strenger und aktiver aber die Beschlüsse der Konferenz von der gesamten Arbeiterschaft durchgeführt werden, desto schneller haben wir die kämpfende proletarische Einheitsfront und somit den Sieg der Arbeiterklasse.

Von Haus und Hof vertrieben: 75 714 Personen, davon ausgewiesen: 71 145 Personen.

Wozu das alles? Am Verhandlungstisch konnten die imperialistischen Gegensätze der kapitalistischen Raubstaaten nicht gelöst werden. Da heißt man die Völker „friedlich" aufeinander gehetzt Mord, Terror, Hunger, Verzweiflung. Dieses Wirtschaftssystem muß mit allen Mitteln bekämpft und zertrümmert werden!

Limburg besetzt

Gestern früh haben die Franzosen Limburg besetzt und die Stadt zur Garnison erklärt.

Wieder besetzt wurden die Rheinischen Metallwerke in Duisburg-Meiderich. Die Arbeiter stehen im Proteststreik.

Aus Gelsenkirchen, Wanne, Bochum, Wattenscheid, Herne und Duisburg sind wieder zahlreiche Eisenbahner mit Familie ausgewiesen worden.

20 000 Mark für ein markenfreies Brot! Von heute an wird in Berlin der Preis für markenfreies Brot auf 20 000 Mk. erhöht. Die Preise für das übrige Gebäck erfahren eine entsprechende Erhöhung.

Gewerkschaftsbewegung

Die DMV.-Bureaukratie will die Zerstörung des Verbandes

Im DMV. verstärken sich zusehends die Positionen der Opposition gegen die reformistischen Führer. Anstatt nun aus dieser Tatsache die einzig mögliche Lehre zu ziehen, die bankrotte reformistische Lohnpolitik den Erforderungen der Zeit entsprechend umzustellen und den Kampf gegen das Unternehmertum aufzunehmen, gehen sie zur schamlosesten Verfolgung und Bekämpfung der oppositionellen Kollegen über.

So hat die Bezirksleitung Hannover des DMV. ein Rundschreiben herausgegeben, in dem die Ortsverwaltungen aufgefordert werden, alle Genossen, die innerhalb des Bezirkes Verbindung aufnehmen oder zu Besprechungen zusammentreten, aus der Organisation ausschließen zu lassen. In Stettin ist gegen unseren Genossen Dittmann das Ausschlußverfahren eröffnet, weil er in Berlin einer Parteibesprechung beiwohnte.

Noch unerhörter ist es, was die „Süddeutsche Arbeiterzeitung" vom 7. Juli berichtet: Der DMV.-Bezirksleiter Vorhölzer, ein Patriot, der während des Krieges jeden Tag zum Frühstück einen Franzosen verzehrte, einen Schützengraben aber nie gesehen hat, ergeht sich nunmehr in Kommunistenhetze. In einem Rundschreiben an die Verwaltungsstellen heißt es:

„Deutscher Metallarbeiter-Verband, Bezirksleitung Stuttgart.
(9. B.) Stuttgart, den 4. Juli 1923.

Unzulässige Sammlungen in den Betrieben. M. 66.

An alle Verwaltungsstellen des DMV., Bezirk Stuttgart!

Werte Kollegen!

Wir bekommen aus Verwaltungsstellen die Nachricht, daß in den Betrieben Sammellisten zirkulieren, die ausgegeben sind:

„Von der Opposition des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im neunten Bezirk."

Der Zweck der Sammlung ist, für die KPD. Geldmittel zu schaffen für die Wahl der Delegierten zu unserer Generalversammlung in Kassel.

Wir fordern die Verwaltungsstellen auf, sofort den Vertrauensleuten in den Betrieben Anweisung zu geben, diese Sammellisten anzuhalten, sie bei der Ortsverwaltung abzuliefern und an uns einzusenden.

Ebenso ersuchen wir die Verwaltungsstellen, nachzuforschen, welche Kollegen diese Sammellisten ausgegeben haben, festzustellen, wer nach den einzelnen Verwaltungsstellen diese Sammellisten versandt hat. Gegen alle diese Kollegen werden wir ein Ausschlußverfahren eröffnen.

Rasche und zuverlässige Benachrichtigung wird von allen Verwaltungsstellen erwartet, sobald sie feststellen können, daß im Bereich ihrer Verwaltungsstellen derartige Manipulationen gemacht werden.

Mit bestem Gruß

Bezirksleitung Stuttgart. Karl Vorhölzer."

Die Tatsache, daß diese Vorstöße aus allen Teilen des Reiches gemeldet werden, lassen darauf schließen, daß vom Vorstand (der sich ganz als Fraktionsvorstand der VSPD.-Metallarbeiter betätigt) Anweisung zur Verschärfung der Kommunistenhetze gegeben worden ist. Den tausenden bereits ausgeschlossenen revolutionären Metallarbeitern sollen weitere folgen. Voller Scheinheiligkeit schreibt die „Metallarbeiterzeitung" in Nr. 27, daß eine Vorbedingung zur Erkämpfung besserer Lebensbedingungen die Organisierung der Unorganisierten sei. Wie stellen sich die Herrschaften in Stuttgart diese Notwendigkeit vor, wenn sie wöchentlich unzählige Ausschlüsse der Besten vornehmen lassen?

Die Ursachen für diesen neuerlichen Feldzug der VSPD. gegen die Opposition im Metallarbeiter-Verband sind geradezu haarsträubend. Bei den Verhandlungen zur Beilegung der Kündigungen unserer 14 im DMV. angestellten Genossen ist im Beisein des Verbandsvorsitzenden Brandes eine Vereinbarung zustande gekommen, in der es heißt:

„Freiwillige Beiträge für die Fraktionstätigkeit der KPD.-Mitglieder fallen nicht unter diese Voraussetzung."

Die VSPD.-Metallarbeiterfraktion Berlin hat durch Beschluß ihrer zirka 80 Angestellten die Verpflichtung auferlegt, je 50 000 Mark für den Wahlfonds der VSPD.-Metallarbeiter zur Verbandstagswahl abzuführen. Dieser Beschluß ist bereits durchgeführt.

Was gedenkt der Vorstand der Metallarbeiter gegenüber den offenen Provokationen der VSPD.-Bezirksleiter in Stuttgart, Hannover und Stettin zu tun? Ist er mit einem derartigen Treiben, das offensichtlich auf die völlige Zertrümmerung des Verbandes hinzielt, einverstanden? Wir erwarten Antwort.

Den Metallarbeitern aber im ganzen Reiche empfehlen wir zur strengsten Beachtung, was die „S. A.-Z." zu dem Vorhölzer-Ulas schreibt:

„Herr Vorhölzer beginnt hier den ersten Vorstoß gegen das Wahlreglement, denn es ist jede sachliche Wahlpropaganda für eine Richtung erlaubt. Zur Propaganda sind auch Geldmittel nötig. Die VSPD. hat nicht nötig, sich Gelder zu sammeln, sie läßt sich die Kosten ihrer Propaganda offiziell von den Gewerkschaftskassen bezahlen.

Wenn jetzt aber schon ein Bezirksleiter seine Stellung mißbraucht und der anderen Strömung sogar diktatorisch ihre selbstverständlichen Rechte nehmen will, dann muß es windig um die VSPD.-Position bestellt sein.

Was will denn Vorhölzer mit seinem Ulas? Sicher werden überall Kommunistische Kandidaten aufgestellt. Ebenso sicher werden viele gewählt. Die Stimmabgabe für Kommunisten kann man nicht verhindern, aber man kann verhindern, daß überhaupt kommunistische Kandidaten da sind. Deshalb wird dann gegen jeden kommunistischen Kandidaten auf Grund des Vorhölzerschen Schandodkuments der Ausschluß eingeleitet. Der Kandidat ist weg.

Alle unsere Genossen, die als Kandidaten nominiert werden oder schon aufgestellt worden sind, nehmen keine Sammelliste zur Hand. Dagegen holt ihr jeder kommunistische Metallarbeiter eine Liste bei seiner Ortsgruppe und läßt diese zirkulieren im Betrieb und am Biertisch, wo er Gelegenheit hat. Alle Sammellisten müssen den Stempel der Ortsgruppe der KPD. bekommen. Diese Sammellisten sind Eigentum der KPD., und wer sie auch stiehlt, den behandelt ja, wie man jeden behandelt, der Arbeitern ihr bißchen Eigentum klaut.

Jeder Tausendmarkschein, der jetzt gezeichnet wird, ist Munition, um die Vorhölzerei zu beendigen und den DMV. von einer Filiale der bankrotten VSPD. und ihrer noch bankrotteren Politik zu einer Klassenkampforganisation zu machen."

Genossen, sammelt rege für den Kampffonds!

Zur Vorbereitung und Durchführung der Gemeindewahlen wird viel Munition gebraucht. Wer schnell gibt, gibt doppelt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230713-13/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107691. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle

Kommunistische Male und Lackierer. Freitag, 13. Juli, abends 8 Uhr, in Teichmanns Restaurant: Wichtige Fraktionssitzung. Alle Genossen haben zu erscheinen.

Fraktion der Sattler, Tapezierer und Portefeuiller. Sitzung findet nicht Sonnabend, sondern Montag, 16. Juli, abends 7 Uhr, statt.

Distrikt 6. Sonntag, 15. Juli, früh 6 Uhr, treffen sich sämtliche Genossen mit ihren Angehörigen an der Genzmerbrücke.

Distrikt 7a. Sonntag, den 15. Juli, mittags 1 Uhr, treffen sich alle Mitglieder mit ihren Angehörigen am „Südpol".

Halle-Saalkreis

Passendorf. Sonnabend, 14. Juli, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung.

Gutenberg. Sonnabend, 14. Juli, ab. 8 Uhr, im Lokal Bertram: Distriktsversammlg.

Burgliebenau. Sonnabend, 14. Juli abends 9 Uhr bei Schettbeck: Oeffentliche Versammlung. Referent: Genosse Wollmann, Ammendorf.

Spickendorf. Sonnabend, 14. Juli, abends 8½ Uhr, im Gasthof Jäntsch: Mitgliederversammlung.

Löbejün. Sonnabend, 14. Juli, abends 8 Uhr, im „Schwarzen Adler": Oeffentliche Versammlung.

Kreis Delitzsch

Landsberg. Sonntag, 15. Juli, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „Zu den drei Schwänen": Mitgliederversammlung.

Zschortau. Sonnabend, 14. Juli, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung.

Kreis Bitterfeld

Glessen. Freitag, 13. Juli, abends 8 Uhr, im Gasth. Bley: Oeffentl. Versammlung.

Kreis Weißenfels

Tagewerben. Sonnabend, 14. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Eichbaum": Oeffentliche Versammlung. Ref.: Genosse Smolka, Weißenfels.

Gröben-Runthal. Sonntag, 15. Juli, abends 7½ Uhr im Gasthof Arlt: Mitgliederversammlung.

Alle Literaturobmänner

der Ortsgruppen müssen in jeder Parteiveranstaltung unsere Literatur auslegen und den Besuchern anbieten.

Ortsgruppen, die noch keinen Literaturobmann gewählt haben, tun dies unbedingt in der nächsten Mitgliederversammlung.

Genossen, werbt und wirkt für unsere Bezirks-Buchhandlung, die stets ein reichhaltiges Lager in politischen, wissenschaftlichen und schöngeistigen Schriften unterhält. Auch können Schreibwaren aller Art von uns bezogen werden.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltung Halle a. S.

Am **Sonntag, dem 22. Juli 1923**, findet in den nachstehend bezeichneten Lokalen die **Wahl der zwei Delegierten zur XVI. ordentl. Generalversammlung in Kassel** statt.

Die Wahlhandlung beginnt morgens 10 Uhr und endet nachmittags 4 Uhr.

Für die Wahlbezirke sind folgende Lokale bestimmt:

1. „Volkspark", Burgstr. 27,
2. „Gewerkschaftshaus", Harz 42/44,
3. „Produktiv-Genossenschaft", Lerchenfeldstr. 14,
4. „Thüringer Schlößchen", Merseburger Str. 148,
5. Rest. „Stadt Landsberg", Delitzscher Str. 19,
6. Böllberg-Wörmlitz, Heinrichs Restaurant, Böllberger Weg 30,
7. Ammendorf, „Elstertal",
8. Dölau, „Gasthof zum Palmbaum",
9. Nietleben, „Gasthof zur Sonne",
10. Kanena, Wenke's Gasthof, 3408
11. Landsberg, „Gasthof zum Pelikan",
12. Zörbig, „Gasthof zum Löwen".

Die Namen der aufgestellten Kandidaten werden durch Plakate in jedem Wahllokale bekanntgegeben.

Zu wählen sind **zwei** Delegierte. Stimmzettel, die mehr als **zwei** Namen enthalten, sind ungültig.

Die Verbandskollegen werden hiermit zu reger Wahlbeteiligung aufgefordert. — Wahlberechtigt sind jedoch nur die Mitglieder, die mit ihren Beiträgen auf dem Laufenden sind. (§ 5 des Statuts.)

Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Ohne Mitgliedsbuch des DMV. darf niemand wählen
Die Ortsverwaltung. J. A.: Paul Gröbel.

Bettwäsche.

Der schnellste Kauf ist der vorteilhafteste!

Sie haben noch die günstige Gelegenheit, Ihren Bedarf in unseren Artikeln wirklich billig, weit unter den heutigen Wiederbeschaffungspreisen, bei uns zu decken. Versäumen Sie aber keine Zeit, denn hohe Preise stehen bevor.

Der Weg zu uns lohnt sich.

Eigene Fabrikation, daher gute Verarbeitung.

Bettbezüge, weiß	Mk. 128 000,—	155 000,—	180 000,—	usw.
Bettbezüge, bunt	Mk. 155 000,—	180 000,—	210 000,—	usw.
Kissen in passenden Qualitäten.				
Bettlaken	Mk. 85 000,—	110 000,—	130 000,—	usw
Inlette, fertig genäht	Mk. 160 000,—	220 000,—	440 000,—	usw.
Handtücher	Mk. 8 500,—	15 000,—	25 000,—	usw.
Wäschestoffe	Mk. 25 000,—	29 000,—	33 000,—	usw

Ca 500 Stück Tischtücher mit kleinen Webfehlern, **riesig billig.**

Reiche Auswahl zu wirklich niedrigen Preisen in:
Damasten, Lakenstoffen, Tischtüchern, gestickter Bettwäsche, Streifsatins Barchendbecken.

Zuvorkommende, sachmännische Bedienung! *386

Sichern Sie sich durch Anzahlung gekaufte Waren zur späteren Abholung.

Schutz Marke

Berliner Bettwäsche-Fabrik

Verkaufsfiliale: Halle a. d. S., Ludwig-Wucherer-Straße 28.
Geöffnet von 8 bis 6 Uhr.

Günstige Bezugsquelle *383
für sämtliche Bedarfsartikel
in **Damenkonfektion — Teppichen — Gardinen, Manufakturwaren — Wäsche — Kurzwaren.**

POSENER
Bitterfeld.

Vereine

benötigen **Drucksachen!** Bestellt dies. bei der **Prod.-Genossenschaft Halle, Lerchenfeldstr. 14** Fordert Offert. ein.

Arb.-Sänger-Chor. Sonntag, früh 8 Uhr: Abfahrt m. Sonderzug nach Dürrenberg. Humor u. ä. sind mitzubringen. Mittwoch, 7 Uhr: Uebungsstunde für Bässe, um 9 Uhr für Tenöre. Donnerstag, 8 Uhr: Gemeins. Singestunde.

Frauen- und Mädchen-Chor. Jed. Donnerstg., ab. 8 Uhr, i. „Volksp.": Singestunde.

Die Naturfreunde. Heim Weidenpl. 20. Zahlabend: Freitag, v. ½8—10 Uhr. Jed. Dienstag, ab. 7½ Uhr, f. Gruppe Nord: Wittekindschule (Friedenstr.), Mitte: Heim, Laurentius- und Ecke Breitestraße, Süd: Torschule, Zim. 52. Kindergruppen: Jeden Dienstag, 4½-7 Uhr. Mitte: Im Heim, Laurentiusstr., Ecke Breitestraße. Süd: Torschule, Zim. 52. Musikgruppen. Jeden Mittwoch, abds. 8-10 Uhr, im Heim, Weidenpl 20 (Neben-Eingang): Anfänger-Gruppe. (Kinder 1 Stunde früher). — Jeden Freitag, abends ½8-10 Uhr i. Heim, Laurentiusstr. (Ecke Breitestraße) für Notenspieler. Spiel. willkommen. Heute, Weidenpl. 20: Zahlabend und Tourenbesprechung Heim, Laurentiusstr. Musikgruppe. Sonntag, Kirschberg b. Röpzig: Wassersportfest. Anwand. beliebig. Anfang: 9—10 Uhr. Süd: Nach d. Ziegelrodaer Forst. Abf.: Sonnabend 8,30 U. Mitgl.-Versammlg. den 25., nicht 18., im Kartellzimmer.

Feriengenossenschaft „Naturfreunde" Zahlstelle Halle.

Arb.-Esperanto-Bund f. d. deutsche Sprachgebiet Ortsgruppe Halle. Jeden Donnerstag, in der Alten Volksschule, Neue Promenade, Zimmer 7, von 7-10 Uhr. Zusammenkunft und Uebungsstunde.

Allg. Arbeiter-Union (Rev. Betr.-Org.). Heute, ½8—8 Uhr: Kassenstunde. Von 8 Uhr an Mitgl.-Versammlung.

Arb.-Samar.-Kol. Halle Mitglied des Arb.-Samariterbundes. E. V. Sonntag, 15. Juli: Treffen der Kinder und Mitglieder zur Abfahrt nach dem Ferienheim u. 5 Uhr am Hauptbahnhof.

1. Hall. Mand.-Orchest. Dies. Woche Freitag, abends 7 Uhr, im Zeichensaale der alten Volksschule, Neue Promenade: Uebungsstunde. Sonnabd., 14. Juli, abends 7½ Uhr, in „Stadt Dresden": Monats-Versammlung.

Prolet. Kultur-Vereinig., Halle. Lokal: „Lüder. Berg". Heute, Freitag, 7 U., in „Lüderitz Berg": Sitzung d. Jugend- und Kinderheim-Kommission. Sonntag: Wasserfahrt nach Röpzig (Tagesfrt.). Treffpunkt: Hospitalpl., Glauchaer Straße, ½6 Uhr. Dienstag, Kindergrupp.: Diskussionsabend.

Arb.-Radfahr.-Bund „Solidarität", Halle. Sonntag, 15. Juni: Ausfahrt nach der Dübener Heide. Treffp.: Roßplatz, ½5 Uhr.

D. Arb.-Abstin.-Bund. Ortsgr. Halle. Geschäftsstelle: Zinksgartenstraße 15. Bibliothek: Bücherausgabe jed. Montagnachm 5-6 Uhr. Montag, ab. 7 Uhr: Musikgruppe. Dienstag, ab. ½6 U.: Wichtige Funktionär-Sitzung. — abends 9 Uhr, Gruppe W: Wichtige Sitzung.

Arb.-Schwimmverein, Halle a. S. Mitglied des Arb.-Turn- u. Sp.-B. Uebungsstunden im Florabad: Dienstags und Freitags von 6—8 Uhr für sämtl. Abteilungen. Sonntag, 15. Juli, in Braunschweig: Entscheidungsspiel um d. Kreismeisterschaft des 2. Kreises. Die 1. Wasserball-Mannschaft trifft sich Sonnabend, abds. 7 Uhr, am Hauptbahnhof. Sonntg., früh 8¼ U. Treffen d. 2. Mannschaft am Hauptbahnhof zur Fahrt nach Pretzsch. Schwimmgenossen, die verhindert sind, müssen dies heute abend i. d. Uebungsstunde melden.

Kom. Kindergruppe. Heim: Rathausst. 16. Freitag, 4 Uhr, an d. Peißnitz: Spielen. Sonntag, 6 Uhr Wanderg. n. Rattmannsdorf. Treffp. Wettiner Pl., Hallmarkt, Rannischer Platz. Getränke mitbringen.

Montag, 5 Uhr, im „Volksp.": Funktionär-Sitzung. Dienstag, früh 6 Uhr, vom „Volkspark": Morgenwanderung. Zurück 11 Uhr. Sammellisten und Zeitungen sof. abrechnen.

Kom. Jugend, Halle. Rathausstraße 16. Heim geöffnet von 6—8 Uhr. Bibliothek: Jeden Mittwoch v. 8 bis 9½ Uhr geöffnet. Freitag, ab. 8 Uhr, im „Volkspark": Gemeinsam Gruppenabend. 1000 Mk mitbringen. Sonntag: Fahrt n. der Teufelsküche. Treffp.: Hallmarkt, ½7 Uhr. Montag, 8 Uhr, im Jugendheim: Zentral-Vorst.-Sitzg. Alle Zehnerschaftskassierer Material abliefern. Die Genossen werd. aufgefordert, alle geliehenen Bücher schnellstens abzuliefern.

Kröllwitz

Arb.-Bildungsverein, Kröllwitz. Vereinslok. Lindenhof. Uebungsstunden. Gesangs-Abteilung Mittwochs von 8 bis 10 Uhr. Turn-Abteilung: Dienstags u. Freitags v. 8—10 Uhr. Jugd.-Mand.-Abt.: Donnerstag von 7—9 Uhr.

Trotha

Arb.-Bildungs-Verein, Trotha. Lokal: Troth. Ballsäle. Dienstag, 8 Uhr: Dramat. Abteilg. Dienstag, 8 Uhr: Jugend-Abteilung. Mittwoch, 8 Uhr: Gesangs-Abteilg. Freitag, 6 U.: Kinder-Mandol.-Abtg. Freitag, 8 U.: Jgd.-Mandol.-Abteilg. Sonntag, Gesamtverein: Ausflug n. Wörlitz. Abmarsch u. 2 Uhr v. „Kaffeegarten".

3415

Stets das Neueste!
Besond. preiswert.
Dauerwäschevertrieb
Kl. Berlin 2.

Unsere Bezirks-Buchhandlung, Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14, Eing. Schützenstr., führt, wie unsere **Volks-Buchhandlung, Harz 42/44,** sämtliche **Schulartikel.** wie: F **Schiefertafeln, Schreibhefte, Tinten usw.**

Billigste Preise, gute Ware sind Vorteile unserer Kundschaft. Produktiv-Genossensch. für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H.

Guterhaltene Grude zu verkauf. Lauchstädter Straße 4, Hof 1 Tr. lks.

Parteischriften empfiehlt **Volksbuchhdlg.**

Volkspark
Sonnabend
Bunter Abend u. Sommernachts-Ball.
Anfang 8 Uhr. 3403

Stadt-Theater
Sonnabend und Sonntag, abends 7½ Uhr:
Eine Nacht in Venedig.

Koch's Künstlerspiele Bunte Bühne
Jeden Abend 8¼ Uhr: 3387
Das große **Juli-Programm**

Achtung! Achtung!
VfB. Trotha-Süd.
Zu dem am **Sonntag, dem 15. Juli,** nachmittags 3 Uhr, im **„Gesellschaftshaus"** zu Diemitz stattfindenden
Sommerfeste
verbunden mit **Preisschießen** und **Preiskegeln** ladet ergebenst ein.
3417 **Der Vergnügungsausschuß.**
Schießen u. Kegeln Anfang 10 Uhr vormittags.

Baugewerkschaft Halle,
Fachgruppe der Bauhilfsarbeiter.
Sonnabend, den 14 Juli, abends 7 Uhr, im **„Volkspark"**, Kolonnade:
Mitgliederversammlung.
Tagesordnung:
Die Antwort der Arbeitgeber auf unsere Forderungen. 3409
Alle Bauhilfsarbeiter müssen unbedingt erscheinen. Der Obmann.

Gold-, Silber-, Platinbruch, alte Zahngebisse Uhren, Ketten, Ringe kauft laufend **Metall-Kontor A. Abramowitz** Schmeerstr. 14, I. (Kein Laden.) 202

Denkt an die „Rote Hilfe!"

Verschenken Sie Ihre Felle nicht!
denn die Preise, die inseriert werden, erreichen meine Preise noch lange nicht. Zahle für sämtliche
Felle und Wolle
mehr als jede Konkurrenz. 3414
Paul Sitte,
Mittelwache 13. Glauchaerstraße 4.

Verlag Prod.-Genossensch. Halle-Merseburg.
Abteilung Buch- u. Kunstdruckerei
nimmt alle Bestellungen auf Drucksachen entgegen und führt sie zu zeitgemäßen Preisen schnell und sauber aus. Spezialität: Massenauflagen, Rotationsdruck, ein- und zweifarbig, Zeitschriften, Broschüren, Vereinsdrucksachen. Eig. Buchbinderei.
Halle, Lerchenfeldstraße 14. Tel. 1045, 1047, 2251.

Felle! Felle!
Ziegen (groß) pro Stück 160 000 Mk.
Zickel . . . pro Stück bis 60 000 Mk.
Hamster . pro Stück bis 60 000 Mk.
Maulwurf pro Stück bis 8 000 Mk.
Kaninfelle 3412
(prima) bis 50 000 Mk. das Stück, **nur**
Rohprodukten-Einkaufs-Zentrale,
Freiimfelderstraße 82/83, Trothaer Straße 73, Lauchstaedter Straße 20.
Fernruf 9063 u. 3954. Händler Vorzugspreise.

*384

S. Nussbaum,
Bitterfeld. Markt 14.

Damentaschen 210
Ia. Leder, billigst nur **Schmeerstr. 19,**
Lederwaren-Spezial-Geschäft.

Gold-, Silber-, Platin-Bruch, Uhren, Brennstifte, Zähne kauft 3379
A. Sparmann, Gr. Steinstr. 47, am Walhalla.

Sämtliche
Farben
Lacke, Pinsel, Schablonen, Deckenbürsten, Sichelleim, Leinölfirnis,
garantiert rein, doppelt gekocht, zum jeweiligen billigsten Tagespreise empfiehlt *385
Paul Rudolph,
Drogerie,
Bitterfeld, Rathenaustraße.

Säcke
(auch zerrissene) kauft jed. Posten
Fr. Halle, Gr. Steinstr. 13 Eing. Mittelstr.

Zeitungspapier und Moosch, Wein-, Sekt-, Likör- und Sahneflaschen
3411 kauft
Holland, Zapfenstraße 18. Telephon 4284.

3410] Von heute ab stehen
Läufer- u. große Futterschweine
preiswert zum Verkauf.
O. Bruchhardt,
Trothaer Straße 4. Tel. 3569

Balda
die Schokolade der Feinschmecker. 208
Generalvertr. Willy Voigt vorm. Bachran & Co., Markt 6 gegenüber der „öBrie"

Unser Lied.
Liederbuch
mit Noten, Notenlehre, einig. Worten zum Mandolinen- und Gitarrespiel. Ueber 250 Kampf- und Wanderlieder
Zu beziehen durch die **Bezirks-Zentralbuchhandlg., Halle a. d. S.,** Lerchenfeldstr. 14 und deren Filialen.

Freiwirtschaftsbund FFF
(Freiland, Freigeld, Festwährung).
Sonntag, den 15. Juli, 10 Uhr vormittags, Martinsberg 21: 3407
Hauptversammlung
Thema: Die Rettung der deutschen Volkswirtschaft. Aussprache. Gäste willkommen.

Fritze sagt zu seiner Mutter:
„Extra"
schmeckt wie gute Butter.
Erhältlich im Spezialgeschäft von
Neubauer,
Eilenburg, *222
Ecke Rinkart- und Karlstraße.

Achtung! Achtung!
Kaufe u. zahle die höchsten Preise für:
1 **Aluminiumfünfziger** Mk. 50
1 **Zweipfennigstück** . „ 60
1 **Einpfennigstück** . . „ 50
1 **Nickelgroschen** . . „ 40
1 **Zinkgroschen** . . . „ 25
Außerdem zahle für: 3405
Lumpen m. Wolle u. wß. Kilo Mk. 3000
Papier . . . . „ „ 800
Schafwolle . . Kilo Mk. 100 000
— Kaufe alle Sorten Felle. —
Meinhardt, Triftstr. 17.

Größte Auswahl, billigste Preise in hölzernen und eisernen
Patent- u. Auflege-Matratzen.
Bruno Baris, Halle a. d. S.
3402 **jetzt Leipziger Str. 12.**

Achtung! Achtung!
Kaufe und zahle die höchsten Preise für:
1 Aluminiumfünfziger 50 Mk.
1 Kupferzweier . . 60 Mk.
1 Kupferpfennig . 50 Mk.
1 Nickelgroschen . . 40 Mk.
1 Zinkgroschen . . . 25 Mk. 3413
Ronne, Fleischerstraße 40, Laden.

Das Buch der Proletarier.
Das A B C des **Kommunismus.**
Von N. Bucharin u. E. Preobraschensky
3. unveränderte Auflage, F ist wieder vorrätig.
Zu beziehen durch **Bez.-Zentralbuchhandlung Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14** und deren Filialen.

Raucht
Zetko-Gold
in Qualität unerreichbar!
Mitteldeutsche Zigarettenfabrik Aktiengesellschaft. 209

Halle und Saalkreis

Halle, den 13. Juli 1923.

Rüstet zum Anti-Faszistentag!

Die Faszisten machen nicht nur fieberhafte Anstrengungen, alle militärischen Vorbereitungen für ihre Diktatur zu treffen, sie werben auch sonst in legaliser Form für sich und versuchen die Arbeiterschaft vor ihren Wagen zu spannen.

Der „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterverein" mit seinem Sitz — wie kann es anders sein — in München gibt seit geraumer Zeit den „Völkischen Beobachter" heraus, eines der ärgsten nationalistischen Blätter, die die deutsche Republik noch immer duldet. Sie duldet auch die Propaganda dafür, die in marktschreierischer Weise betrieben wird. Da fällt uns so ein „Schuldschein" in die Hände, umrahmt von lauter Hakenkreuzen, der auffordert, die nationalsozialistische Presse zu fördern. Die „Deutschen Volksgenossen" sollen sorgen für die „Schaffung einer germanischen Presse". Der „Völkische Beobachter" ist eins von diesen Dingern, denn er empfiehlt sich als das Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Groß-Deutschlands. Er soll streiten für „Deutschlands Befreiung aus Juden- und Franzosenherrschaft". Die Besitzer der Schuldscheine müssen daher auch „arischer Abstammung" sein.

Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, auf diesen Schwindel, der für sie berechnet ist, nicht hineinzufallen. Angesichts der immer drohender werdenden Gefahr des Faszismus muß sie im Gegenteil alle Kräfte mobilisieren, um sich erfolgreich gegen die Faszisten durchzusetzen. Alle Kräfte muß sie anspannen, um zum

Anti-Faszistentag am 29. Juli

als geschlossene Einheit gegen die Faszisten dazustehen. Ueberall muß die Propaganda für den Anti-Faszistentag einsetzen. Kein Arbeiter, der es ehrlich mit der Arbeiterbewegung meint, darf sich seiner Pflicht entziehen, am 29. Juli gegen die drohende faszistische Gefahr zu demonstrieren. Der Massenaufmarsch der Arbeiterschaft muß den Nationalheiden zeigen, daß die Arbeiterschaft nicht gewillt ist, ungerüstet die „Bartholomäusnacht" zu erwarten. Die Arbeiterschaft muß zeigen, daß sie gewillt ist, ihre Errungenschaften gegen die Nationalisten zu verteidigen und sie kann das nur, wenn in geschlossener Front die Arbeiterbataillone aufmarschieren.

Am 29. Juli gehört jeder Arbeiter, jede Arbeiterfrau in die Kampffront der klassenbewußten Arbeiter gegen Faszismus und Reaktion!

Sonderbare Heilige

Die Bezirksleitung der VSPD. in Halle warnt in Nr. 160 des „Volksblattes" ihre Mitglieder und Anhänger, auf die von der Ortsgruppe Halle der KPD. herausgegebenen Sammellisten zur Unterstützung der bei dem Eislebener Gewerkschaftsfest verletzten Teilnehmer irgend welche Beiträge zu zeichnen. Die in der Warnung angeführten Argumente verraten ganz nebenbei auch den Zweck der Verleumdung. Um den ehrlichen Arbeiter in der VSPD. das Mißtrauen gegen die dreimal verfluchten Kommunisten zu nehmen, wollen wir von dieser Stelle einige aufklärende Worte an sie richten. Es ist eine von allen Seiten anerkannte Tatsache, daß die Kommunisten, wenn es die Notlage der Arbeiterklasse erfordert, bereit sind, sofort zu helfen. Durch den Ueberfall der Faszisten auf die Festteilnehmer des Gewerkschaftsfestes in Eisleben hatten die hallischen Teilnehmer acht Verletzte, darunter zwei Schwerverletzte. Alle Teilnehmer waren beseelt von dem Gedanken, die von den Faszisten arbeitsunfähig geschlagenen Genossen finanziell zu unterstützen. Sie stellten daher einen dahingehenden Antrag an die Ortsgruppe Halle der KPD. Diese gab sofort einige Listen heraus und konnte nach kurzer Zeit über Summen quittieren, die den Gedanken der Anregung Rechnung tragen konnten. Eine Verwaltungskommission der eingegangenen Beiträge wurde eingesetzt. Diese rief alle, wohlgemerkt: alle (ohne Unterschied der Parteirichtung) Verletzte auf, sich zu melden. Alle Verletzten meldeten sich auch. Durch die Kommission wurden die Unterstützungssätze festgestellt und ausgezahlt. Die Leichtverletzten mit ein oder zwei Tagen Arbeitsverlust verzichteten zugunsten der Schwerverletzten auf jede Unterstützung. Das schnelle Handeln der Partei ermöglichte es uns, bereits acht Tage nach dem Ueberfall die erste Unterstützung zu zahlen. Die weitere Unterstützung ist heute bereits, dank dem Solidaritätsgefühl aller Klassengenossen, sichergestellt.

Jedem Zeichner steht das Recht zu, ganz gleich welcher Parteirichtung er angehört, sich von der Verwendung seiner Spende persönlich zu überzeugen. Die Verdächtigungen der Bezirksleitung der VSPD. müssen also nach dieser Erklärung auf ihre Urheber zurückfallen. Sie zeigen mit elementarer Deutlichkeit, auf welcher Seite die ehemals „völkerbefreienden" Sozialdemokraten heute stehen. Zu einer Zeit, wo der Faszismus, an dessen Existenz die VSPD. mitschuldig ist, bereits neue Ueberfälle auf die Arbeiter organisiert, ja, wenn nicht alle Zeichen trügen, in kurzer Zeit zum Generalsturm bläst, bleibt es der VSPD. vorbehalten, den Totengräbern der Arbeiterklasse die Wege zu ebenen. Hier findet das Sprichwort Anwendung: „Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit."

Arbeiter, merkt Euch das Gaukelspiel. Für die VSPD. gibt es keine Faszistengefahr. Aus diesem Grunde vertreiben sie sich die Zeit mit Kommunistenhetze.

Im übrigen aber wollen wir noch darauf hinweisen, daß all die erbärmlichen Verleumdungen der sozialdemokratischen Führer die revolutionäre und klassenbewußte Arbeiterschaft nicht davon abgehalten hat, ungeheure Summen zur Unterstützung der proletarischen Kämpfer aufzubringen, über deren Verwendung sich jeder, auch die sozialdemokratischen Verleumder, genau orientieren können. Daß die klassenbewußten Arbeiter Mitteldeutschlands sich auch durch die Niederträchtigkeiten sozialdemokratischer Bankrotteure nicht irremachen lassen und weiter sammeln werden nicht nur für die Angehörigen der ermordeten und getöteten Proletarier, sondern auch für den Kampffonds, das beweist das Ergebnis dieser Sammlungen. Bisher sind öffentlich über 8 Millionen Mark quittiert worden. In den nächsten Tagen wird die zehnte Million überschritten. Was aber hat die VSPD. bisher auf ihrem Kampffonds (!!) gesammelt. Die Arbeiterschaft weiß, daß die VSPD. nicht für die Interessen der hungernden Bevölkerung kämpft, sondern für den Wiederaufbau der kapitalistischen Profitwirtschaft.

Ortsverwaltung Halle der KPD.

Herr Runge antwortet

Auf unsere Fragen in Nr. 138 des „Klassenkampf" vom 16. Juni, teilt uns der Polizeipräsident Runge jetzt folgendes mit:

In der Nummer 138 Eures Blattes vom 16. Juni 1923 sind Ausführungen über Duldung rechtsradikaler Ausschreitungen durch mich enthalten. Da ich öffentlich um Beantwortung einiger Fragen ersucht bin, komme ich diesem Wunsche hiermit nach, wobei ich als selbstverständlich voraussetze, daß auch meine Erwiderung Ihren Lesern nicht vorenthalten bleibt.

1. Zu den Anzügen anläßlich der Denkmalseinweihe der 75er sind den Stahlhelmleuten von der Polizei Stahlhelme nicht zur Verfügung gestellt worden.

2. Hinsichtlich der Seitengewehre ist das Erforderliche veranlaßt worden. Von hier ist nur auf Grund der geltenden Vorschriften vorgegangen worden. Augenblicklich schwebt gegen die Träger der Seitengewehre ein Strafverfahren, auf dessen weiteren Gang ich keinen Einfluß habe.

3. Daß in letzten Tagen Schießübungen in der Dölauer Heide stattgefunden haben, ist mir bekannt. Ich kann Ihre Angaben hierüber nur bestätigen. Es ist mir aber im Gegensatz zu Ihnen weiterhin bekannt, weil von mir angeordnet, daß es sich hierbei um Kriminalbeamte gehandelt hat, die an diesen Tagen zu dem allgemein vorgeschriebenen Uebungsschießen beordert waren.

4. Ueber das von Ihnen behauptete Bestehen proletarischer Hundertschaften des Stahlhelms war ich allerdings nicht unterrichtet und offen gestanden über diese von Ihnen behauptete Tatsache auch betroffen, da bekanntlich die Mitglieder des Stahlhelms überwiegend den rechtsgerichteten Parteien angehören, die sich nicht als proletarisch zu bezeichnen pflegen. Die von mir auf Grund Ihrer Angaben angestellten Ermittlungen haben auch ergeben, daß es diese proletarischen Hundertschaften nicht gibt. Runge.

*

Wir werden die Antwort unserer Gewährsmänner in der nächsten Nummer veröffentlichen.

Parteigenossen!

Die politische Situation ist äußerst gespannt. Auf der ersten Seite des „Klassenkampf" wird heute ein Aufruf der Zentrale „An die Partei" abgedruckt. Wir erwarten von jedem Kommunisten, daß er den Aufruf „An die Partei" in den Betrieben und an anderen geeigneten Plätzen anklebt und die darin festgelegten Aufgaben der Stunde sofort erfüllt.

Schreckenspreise

Die in Intervallen von wenigen Tagen immer wieder folgenden Preissteigerungen nehmen jetzt einen katastrophalen sprunghaften Charakter an. Was aber die letzten Tage an wahren Schreckenspreisen gebracht haben, muß selbst die verhängnisvolle Geduld der deutschen Arbeiter zum Reißen bringen.

Für Fett sind gestern die Preise um viele tausende Mark hinaufgeschnellt. Ein Pfund Fett kostete gestern 60 000 Mk. (Vor dem Kriege brauchte der Arbeiter „nur" zwei Stunden zu arbeiten, um sich ein Pfund Fett kaufen zu können. Und heute? Sechs bis acht Stunden!) Schweinefleisch kostete gestern auf dem Markt „nur" (so höhnten die Fleischermeister) 40 000 Mk. In den nächsten Tagen soll es 60 000 Mk. kosten. Rindfleisch 36 000 Mk., gewöhnliche Blut- oder Leberwurst 40 000 Mk. Die Gemüsepreise gingen selbstverständlich mit diesen ungeheuerlichen Preissteigerungen mit. Einzelne Gemüsearten, die in Deutschland angebaut werden, waren sogar teurer als die vom Ausland bezogenen. Die Preissteigerung der letzten Tage ist aber erst der Anfang der neuen Preiswelle. Die nächsten Tage werden alle bisherigen Steigerungen weit übertreffen.

Die Verwaltung der städtischen Straßenbahn kündigt ebenfalls neue Straßenbahnfahrpreise an. Am morgigen Sonnabend kostet eine Straßenbahnfahrt 1000 und 1500 Mk.; vom 21. Juli, also über acht Tage, tritt eine weitere Erhöhung in Kraft. Von diesem Tage kostet eine Straßenbahnfahrt 1500 und 2000 Mk.

Da der Butterpreis von Tag zu Tag steigt, werden auch die Milchpreise neu erhöht. Der Preis ist heute noch nicht bekannt.

Die Postgebühren werden am 1. August um das 3½fache erhöht, die Brotpreise sollen in den nächsten Tagen abermals verdoppelt werden usw. usw.

Diese wahrhaft schrecklichen Preissteigerungen müssen zu einer ungeheuerlichen Katastrophe führen, die die Arbeiterschaft in noch tieferes Elend hinstößt. Gegen diese Ausplünderung und Aushungerung gibt es nur eins: kämpfen, kämpfen und abermals kämpfen. Kein Wuchergericht und keine Behörde wird die wucherischen Preissteigerungen bekämpfen können. Nur die Arbeiterschaft allein ist in der Lage, wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen. Sie muß die Kontrollausschüsse zu Machtorganen der Arbeiterschaft machen und sie in all ihren Maßnahmen unterstützen. Sie muß sich zusammenschließen in einer Kampffront und den Kampf organisieren für bessere Lebensbedingungen, für den Friedensreallohn usw.

Vor einigen Tagen hat die kommunistische Reichstagsfraktion einen Gesetzentwurf über die Erfassung der Sachwerte eingebracht. Die Sozialdemokraten haben zwar schon einige Jahre über dieses Problem geredet, aber getan haben sie noch nichts. Nunmehr haben die Kommunisten einen ersten gangbaren Weg für die Erfassung der Sachwerte gezeigt und praktische Vorschläge gemacht. Es gilt jetzt für die gesamte Arbeiterschaft, die erste Kampfplattform zu betreten und für die Verwirklichung dieses Gesetzentwurfes zu kämpfen.

Neue Löhne im Handels- und Transportgewerbe

Die Tarifparteien, Arbeitgeberverband und Deutscher Verkehrsbund, haben vom letzten Lohntag voriger Woche an neue Löhne vereinbart, und zwar werden diese Woche 60 Prozent und nächste Woche 90 Prozent an Zuschlag gezahlt. Lohntabellen können die Mitglieder der Tarifparteien an zuständiger Stelle ab Sonnabend erhalten. Der zu zahlende Zuschlag entfällt auf alle Lohn- und sonstigen Vergünstigungssätze, die bis zum 6. Juli Geltung hatten.

*

Gemeinde- und Staatsarbeiter

Für die Zeit vom 1. bis 10. Juli sind folgende Stundenlöhne festgesetzt worden: Gruppe 1 (Handwerker) 9000 Mk.; Gruppe 2 (angelernte Arbeiter) 8730 Mk.; Gruppe 3 (ungelernte Arbeiter) 8550 Mk.; Gruppe 4 (Handwerkerinnen) 6120 Mk.; für die Zeit vom 11. bis 17. Juli: Gruppe 1: 11 000 Mk.; Gruppe 2: 10 870 Mk.; Gruppe 3: 10 450 Mk.; Gruppe 4: 7480 Mk.; für die Zeit vom 18. bis 24. Juli: Gruppe 1: 14 500 Mk.; Gruppe 2: 14 065 Mk.; Gruppe 3: 13 775 Mk.; Gruppe 4: 9860 Mk. Außerdem kommt noch hinzu ein Hausstandsgeld und ein Kindergeld in Höhe von je 300 Mk. auf den Stundenlohn.

Kommunalisierung oder Entkommunalisierung

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter ließ am Donnerstagnachmittag den Berliner Redakteur der „Gemeindearbeiter-Zeitung", Dittmar, im „Volkspark" über das Thema „Kommunalisierung oder Entkommunalisierung" sprechen. Der Referent, ein Berliner Stadtrat, konnte durch viele Beispiele aus der Praxis die durch das Thema gegebene Fragestellung ausführlich behandeln. Leider entwickelte er das ursächliche Problem der Kommunalisierung nur an der oberflächlichen Begriffserklärung „Sozialisierung". Zur Vergesellschaftung sei Arbeitspflicht und höchste Arbeitsleistung Vorbedingung! Die von Rathenau und später von Wissel propagierte Planwirtschaft verursache riesige Kartellbildungen und schaffe soziale und politische Schäden für die Allgemeinheit. Ueber die Frage der Staatsbetriebe sei man sich früher einig gewesen. In aller Stille sei kommunalisiert worden. Die Gemeinden aber hätten für ihre Betriebe (Straßenbahn, Gaswerke, Hafenbetriebe) nicht den notwendigen Untergrund geschaffen. Die Kommunalisierung der Rohstoffbetriebe sei fast überall versäumt worden. So machten z. B. die städtischen Hoch- und Tiefbauunternehmungen Entwürfe usw., aber die Ausführung werde Unternehmern übertragen. **Die Arbeiterschaft habe viel auf dem Kerbholze.** Manche der elementarsten sozialdemokratischen Grundsätze seien nach 1918 nicht angewandt worden. In keinem Lande der Welt, außer Deutschland, seien Widerstände gegen die Kommunalisierung zu verzeichnen. Durch die Geldentwertung seien die Gemeinden in große Schwierigkeiten gekommen. Die Antwort auf die Finanznöte der Gemeindebetriebe sei aber fälschlich: Entkommunalisierung! Es müsse aber berücksichtigt werden, daß „geeignete Persönlichkeiten" zur Durchführung der Kommunalisierung gefehlt hätten. Wenn das Privatkapital rationeller arbeite, so nur darum, weil der Konsument rationeller ausgebeutet werde. Wir mußten für eine Entbureaukratisierung der Gemeindebetriebe eintreten. Die Betriebsräte müßten den Kollegen im Gemeindebetrieb sagen, daß den höheren Rechten (?) auch höhere Pflichten gegenüberstanden. Der Redner streifte noch die unglückliche Preispolitik der Gemeinden und das Fürsorgewesen und kam zu dem Schluß, daß eine Entkommunalisierung unbedingt verhindert werden müsse. Die Gemeinden müßten vielmehr die Rohstoffbetriebe, Reparaturwerkstätten usw. kommunalisieren.

In der Diskussion sprach zuerst der VSPD.-Stadtverordnete Müller. Manches sei ihm über die beabsichtigte Entkommunalisierung des hallischen Elektrizitätswerkes schleierhaft, er wüßte nichts Genaues darüber, aber er sprach doch davon und schließlich meinte er, daß es doch „so" sein könne. Nach diesen wirklich sehr schleierhaften Ausführungen wies Genosse Härtel darauf hin, daß eine endgültige Lösung dieser Fragen **erst mit der Machtergreifung des Proletariats** kommen werde. Die Arbeiterschaft sei gewillt, die Kommunalisierung durchzuführen. Wenn man die Schuldfrage aufrolle, so müsse festgestellt werden, daß die Führer der VSPD. an den heutigen Entkommunalisierungsbestrebungen der Unternehmer ein Teil Schuld tragen. In Braunschweig seien z. B. noch 13 Staatsdomänen verpachtet. Die Kommunalisierung dieser Betriebe löse unbedingt politische Kämpfe aus. — Wielepp war der Meinung, daß der Mangel an Persönlichkeiten und bestimmte Auswüchse in den Kommunalbetrieben die Ursachen der Entkommunalisierungsbestrebungen sind.

Unter dem Beifall der Anwesenden ergänzte Genosse Kilian die Ausführungen des Referenten. Er schilderte in kurzen Ausführungen die wirklichen Ursachen der Entkommunalisierungsbestrebungen. Das Kapital habe sich akkumuliert und suche nach neuen Ausdehnungsmöglichkeiten. Es versuche daher, die Gemeindebetriebe in seine Macht zu bekommen, um auch hier hohe Gewinne zu machen. Da das Reich den Gemeinden nicht genug Geld zur Lösung der sozialen Aufgaben zuwende, gingen die Gemeinden einfach dazu über, die Gemeinden durch Entkommunalisierung zu entlasten. Das Unternehmertum lasse die Gemeinden im Stich und zwinge sie auf diese Weise, ihre Betriebe an Privatgesellschaften abzutreten. Genosse Kilian sagte dann den Sozialdemokraten einige unangenehme Wahrheiten. Der Vater des Entkommunalisierungs-Projekts für das hallische Elektrizitätswerk bzw. der stillschweigende Unterzeichner des betr. Rundschreibens stehe der Sozialdemokratie sehr nahe. Hier liege der Hase im Pfeffer. Was nützen Proteste, wenn man im stillen Kämmerlein etwas anderes mache. Mit diesen Zweideutigkeiten müsse aufgeräumt werden. Die Frage der Kommunalisierung sei auch eine wichtige politische Frage. Die Kommunistische Partei werde eventuell die gesamte Arbeiterschaft aufrufen und die Kommunalisierung bei den kommenden Wahlkämpfen zur Parole machen. Der Kollege Taatz stellte als Betriebsrat fest, daß die hallische Arbeiterschaft immer versucht habe, ihre Rechte auszunutzen. Wenn man allerdings bei der Einladung zu Besprechungen „vergißt", den Betriebsrat einzuladen, könne diesem kein Vorwurf gemacht werden.

Der Referent, und auch der Kollege Flücht, versuchten zum Schluß noch, die Ausführungen der Genossen Kilian und Härtel abzuschwächen. Die anwesende Arbeiterschaft aber hatte die „Vielseitigkeit" der Sozialdemokraten erkannt und sorgte durch ihren Protest dafür, daß die Herren ihren großsprecherischen Mund schließen mußten. Wiederholt wurde von den Rednern festgestellt, daß die hallische Arbeiterschaft auf keinen Fall die Umbildung des hallischen Elektrizitätswerkes in eine G. m. b. H. zulassen wird. Wir werden ja sehen, ob die vereinigten „Führer" ihren Worten Taten folgen lassen. Herr Döltz tanzt ja jetzt schon aus der Reihe.

* **Die amtliche Wucherbekämpfung.** Vom Amtsgericht, Abteilung für Wuchersachen im beschleunigten Verfahren, wurde in fünf Fällen, die zur sofortigen Aburteilung geeignet waren, durch Erlaß eines Strafbefehls erkannt: Gegen einen hiesigen Schuhwarenhändler, der entgegen der geltenden Rechtsprechung für ein Paar Sandalen den vollen Wiederbeschaffungspreis gefordert, und dadurch einen übermäßigen Gewinn erstrebt hatte, auf eine Geldstrafe von 150 000 Mk.; gegen einen hiesigen Drogisten, der für Fußbodenöl einen Preis gefordert hatte, der seinen Gestehungskosten gegenüber einen übermäßigen Gewinn enthielt, auf eine Geldstrafe von 100 000 Mk.; gegen einen hiesigen Käsehandelskarten, der, ohne im Besitz der Handelserlaubnis zu sein, Wiederverkäufer beliefert hatte, wegen unerlaubten Großhandels auf eine Geldstrafe von 200 000 Mk.; gegen einen hiesigen Möbelhändler und seine Ehefrau, die für sechs auf einer Auktion für 190 000 Mk. erstandenen Stühle nach 13 Tagen 900 000 Mk. gefordert hatten, wegen Preistreiberei auf eine Geldstrafe von je 350 000 Mk., zusammen 700 000 Mk.; gegen einen hiesigen Parfümerienhändler wegen unterlassener Preisauszeichnung von Waren auf eine Geldstrafe von 30 000 Mk.

* **Pilzberatungsstelle.** Die zur Verwertung der Pilze im Haushalt und in der Tierhaltung sowie zur Verhütung von Pilzvergiftungen im Bakteriologischen Institut der Landwirtschaftskammer, Halle, Freiimfelderstraße 68, eingerichtete Pilzberatungsstelle steht den Händlern und dem pilzsammelnden Publikum wochentags von 8 bis 10 Uhr zur Verfügung. Für Pilzbestimmung und Beratung wird je nach der Zahl der eingelieferten Arten und der für die Untersuchung erforderlichen Zeit eine Gebühr von 500 bis 1000 Mk. erhoben. Vor dem Genusse solcher Pilze, die nicht mit aller Bestimmtheit als ebbar bekannt sind, wird erneut gewarnt. Die Händler haben bei Vermeidung strafrechtlicher Folgen die Pflicht, alle Pilze vor dem Feilhalten auf ihre Art und Beschaffenheit eingehend zu untersuchen, denn nicht nur der Genuß giftiger, sondern auch zu alter, bereits in Zersetzung befindlicher, an sich ebbarer Schwämme, kann erhebliche Gesundheitsstörungen hervorrufen. Das Feilhalten von Mischpilzen, d. h. von Pilzen mehrerer Arten untereinander vermischt, wird von der Polizei untersagt.

* **Kommunistische Jugend.** Heute abend pünktlich 7 Uhr findet eine Bezirksleitungssitzung statt.

* **Der Distrikt 7a** veranstaltet am Sonntag, dem 15. Juli, auf dem Kirchberg ein Kirschfest (Familienausflug). Für Kinderbelustigung und Getränke ist gesorgt. Alle Genossen, auch anderer Distrikte, sind eingeladen. Treffpunkt mittags 1 Uhr beim Genossen Sitzer („Südpol").

* **Der 6. Distrikt** veranstaltet am Sonntag, dem 15. Juli, auf der Bischofswiese (Heide) ein kleines Sommerfest (Familienausflug). Für Kinderbelustigung und Getränke ist gesorgt. Alle Genossen, auch die der anderen Distrikte, sind eingeladen. Abmarsch morgens 6 Uhr von der Genzmerbrücke.

Achtung, Klassenkampf-Leser!

Unsere Trägerinnen kassieren in diesen Tagen die Nachzahlung für Monat Juli in Höhe von 7500 Mk. ein. Wir bitten dringend, unseren Trägerinnen die Einkassierung zu erleichtern, damit eine sofortige Abrechnung an den Verlag möglich ist. — Nachzahlungsquittungen werden nicht ausgegeben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230713-13/fragment/page=0005

Selbstmordversuch. In einem Grundstück der Lessingstraße versuchte am Donnerstag eine Frau mittels Leuchtgas sich zu vergiften. Die Ursache zur Tat ist nicht bekannt. Sie wurde in bewußtlosem Zustande mittels Krankenwagens der Klinik zugeführt.

Ammendorf. Verhinderter Einbruch. Diebe versuchten in der Nacht zum 10. Juli in die Räume des Gastwirts Ochse einzudringen. Durch den Nachtschutzbeamten Seeger wurden sie vertrieben.

Aus der Provinz

Der „Stahlhelm" eine Mordorganisation

Der „Stahlhelm", sogen. „Bund der Frontsoldaten" (d. h. solcher „Frontsoldaten", die sich im Kriege immer weit vom Schusse in der Etappe herumdrückten), will Dummen immer wieder weismachen, daß er eine sehr friedfertige Organisation ist, die sich nicht um Politik kümmert und nur „Ordnung" haben will. Für diese „Ordnung" danken wir bestens, denn dazu gehört anscheinend auch, daß alle jene, die sich abfällig über den „Stahlhelm" äußern, **gemordet** werden sollen. Abstreiten nützt nichts, wir besitzen das schwarz auf weiß, denn wir haben heute morgen folgendes Schreiben erhalten:

„Der Stahlhelm" Weißenfels a. d. S., 12. Juli 1923.
(Bund ehem. Frontsoldaten.)

Obwohl wir auf die lächerlichen Artikel Ihres Blattes, das jetzt sogar in Arbeiter- und Kommunistenkreisen als ein „besseres Witzblatt" bezeichnet wird, so gut wie überhaupt nicht reagieren, möchten wir uns doch gegen Ausdrücke wie: „Stahlhelmrüpel", Lumpengesindel u. a. m. verwahren! Es wird sich ja mit der Zeit immer mehr zeigen, wer das größte Lumpengesindel ist! Wie sehr sich unsere Sache Bahn bricht, bestätigen die unzähligen Neuaufnahmen von Arbeitern in den „Bund der Frontsoldaten". **Kürzlich meldeten sich 40 Arbeiter bei uns zur Aufnahme, von denen einer im Namen der anderen bemerkte: „Wir wissen jetzt, wo gehetzt und geschwindelt wird!** Wenn Sie von „Ueberfällen" sprechen (Jägerfest Naumburg), die in Wirklichkeit von ganz anderer Seite ausgingen, so ist es doch auffällig, daß Sie noch nie etwas von dem Ueberfall auf den Lehrer Weise, Naumburg, Wiesenstraße, der sich im März d. J. in Halle zutrug, wo Herr Weise nachts als friedlicher Straßenpassant von 12 Kommunisten (darunter einige Frauen) so zugerichtet wurde, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte! Wir denken gar nicht daran, jemand zu beschimpfen, wörtlich oder tätlich anzugreifen, wer es dagegen wagt, uns anzugreifen, wie es der Herr „Redakteur" des öfteren selbst tat, dem geben wir den guten Rat, **vorher sein Testament zu machen und sich nötigenfalls gleich einen Sarg zu bestellen!**

Front Heil!

Unterschrieben ist das Schriftstück mit Bockwurst oder Bockmist oder so ungefähr; es kann auch anders heißen, der Name ist unleserlich. Wenn aber der Hanswurst glaubt, uns bange machen zu können, dann irrt er sehr. Es würde uns sogar freuen, mit dem Kerl abrechnen zu können.

Der Mann hat unseres Erachtens dem „Stahlhelm" einen recht schlechten Dienst erwiesen; er hat gesagt, was er nicht sagen, sondern nur **denken** sollte. Der Brief zeigt uns auch, daß wir ganz recht hatten, wenn wir von „Stahlhelmrüpeln" und „Lumpengesindel" sprachen. Betrugen sich die Stahlhelmriche in Eisleben nicht wie Rübel und Lumpengesindel? Bei dem Fall mit dem Lehrer Weise soll uns der Schmierfax erst den Beweis erbringen, daß Kommunisten den Weise zugerichtet haben. Solange er dies nicht kann, und er wird es nicht können, bleibt unser „Freund" Bockwurst oder Bockmist ein ebensolch ungewaschenes Lügenmaul wie viele seiner Geistesverwandten. Die Arbeiterschaft aber tut gut, jenen „Ordnungsstützen" die genügende Obacht zu widmen, um ihnen beizeiten das Mordhandwerk legen zu können.

Ein Paradies der Landarbeiter

Unter dieser Ueberschrift brachten wir am 6. Juli d. J. einen Artikel, zu dem wir heute folgendes Schreiben erhalten:

„Die in dem Artikel „Ein Paradies der Landarbeiter" über mein Verhalten den Landarbeitern gegenüber behaupteten Tatsachen sind sämtlich unwahr.

1. Ich habe niemals bei mir beschäftigte junge Leute mit Entlassung bedroht oder bedrohen lassen, falls die sich weigerten, dem Wehrwolf beizutreten, noch habe ich sie zum Beitritt aufgefordert.

2. Der Tagelöhner Voigt hat sein Deputat regelmäßig und richtig erhalten. Streit bestand vor einem Jahre, nicht im Frühjahr dieses Jahres, nur darüber, ob die Kinder der Landarbeiter, die bis dahin Brotmarken erhielten, auch späterhin Brot auf Brotmarken oder Deputat erhalten sollten. Nachdem eine allgemeine Regelung dieser Frage durch Vereinbarung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverband getroffen war, ist dem Arbeiter regelmäßig sein ihm für die Kinder zustehendes Getreide verabfolgt.

3. Die beiden Frauen sind beim Stehlen von Luzerne auf meinem Grund und Boden von mir betroffen.

Ich bezahle nicht 75 Mk. Pacht für den Morgen Acker, sondern dasselbe wie die anderen Pächter.

Alsleben (Saale), den 7. Juli 1923.

Max Köhler.

Wir versagen es uns, zu vorstehendem Schreiben heute das Notwendige zu sagen, da wir unseren Gewährsmann, der sicher dazu das Wort nehmen wird, die Gelegenheit nicht nehmen wollen, dem Agrarier auf die Finger zu klopfen. Warten wir also ab, wer zuletzt lacht.

Aufruf!

An die Arbeiter-Turner und -Sportler! An die klassenbewußte Arbeiterschaft und Jugend!

Die gesamte Arbeiterschaft muß die Entwicklung der bürgerlichen Turn- und Sportbewegung sehr ernst nehmen und verfolgen. Mit jedem Tag wird ihr nationalistisch-reaktionärer und faszistischer Charakter offenkundiger. Das reaktionäre Bürgertum benutzt sie als Deckmantel zur militärischen Organisierung. Ihr Bestand ist eine Gefahr für die Arbeiterschaft

Unter dem Deckmantel politischer „Neutralität" locken sie die Angehörigen der proletarischen Klasse, hauptsächlich der Arbeiterjugend in ihre Reihen. Tausende und aber Tausende von Proletariern sind Mitglieder bürgerlicher Turn- und Sportorganisationen und sind dabei der nationalistisch-faszistischen Beeinflussung ausgesetzt. Sie werden zu Feinden der Arbeiterschaft gemacht.

In der Zeit vom 14. bis 21. Juli 1923 findet in München das 13. **Deutsche Turnfest** statt. Dieses Turnfest wird

eine große nationalistisch-reaktionäre Parade

sein. Judenhetze, Revanchegedanken und Arbeiterfeindschaft kommen schon bei den Vorbereitungsarbeiten und auf den Gautagen der deutschen Turnerschaft zum Ausdruck.

Diese Tatsache und die Wahl des Festortes machen den Abschwächungsversuch des Ausschusses des D. T. zuschanden. Das Fest soll eine große vaterländische Kundgebung werden, und München als Hort des Faszismus, gibt dem Fest das Gepräge.

Arbeiter-Turner und -Sportler, klassenbewußte Arbeiter!

Es ist notwendig, einen energischen **Gegenkampf** zu organisieren! Es muß **verhindert** werden, daß proletarische Elemente weiterhin in den bürgerlichen Turn- und Sportorganisationen verbleiben, sich an der nationalistischen Parade beteiligen. In den Zeitungen der Arbeiterparteien, Gewerkschaften, Turn- und Sportorganisationen muß der wahre Charakter des 13. Deutschen Turnfestes enthüllt werden.

In einem Aufruf wendet sich der Festausschuß mit großen nationalistischen Phrasen und mit der Versicherung, daß die bürgerliche Turn- und Sportbewegung pflichttreue, an Zucht und Ordnung gewöhnte, mit großem Arbeitswillen und Untergebenheit ausgestattete Menschen hervorbringe, an die Arbeitgeber zwecks Bewilligung von Urlaub für die Arbeitnehmer und vergißt nicht, die Unternehmer selbst einzuladen. Die Betriebsleute und Vertrauensleute der Arbeitersachft müssen feststellen, welcher Prolet sich diesen Urlaub nach München verschaft müssen feststellen, welcher Prolet sich diesen Urlaub nach München ver-

Die Krönung des Festes soll der vaterländische Festakt in der Walhalla sein, womit jedenfalls die politische „Neutralität" noch mehr gekennzeichnet ist. Zu diesem Zwecke begeben sich die Festteilnehmer nach Regensburg, wo zur gleichen Zeit das erste Bayrische Arbeiter-Sportfest stattfinden wird. Der Zweck ist klar! Unter dem Schutze staatlicher und privater Faszistenbanden soll es zu einer Störung des Arbeiterfestes kommen.

Die gesamte Arbeiterschaft muß erkennen, daß die **bürgerliche Turn- und Sportbewegung eine ernste Gefahr** bedeutet.

Die Rote Sportinternationale ruft deshalb zum energischen Kampf auf! Die Arbeiter-Turner und -Sportler müssen diesen Kampf mit der klassenbewußten Arbeiterschaft und Arbeiterjugend gemeinsam führen. Die Arbeitsgemeinschaft im Reichsbeirat für körperliche Erziehung, die in Deutschland betrieben wird, schützt Euch Arbeiter-Turner und -Sportler nicht vor dem deutschnationalen „politisch neutralen" Janhagel, wenn Ihr es nicht selbst macht. Die

Einheitsfront gegen die bürgerliche Turn- und Sportorganisationen, gegen Faszismus und Nationalismus

muß hergestellt werden. Die Luzerner Arbeiter-Sport-Internationale müßt Ihr zwingen, diesen Kampf mitzuführen und zu unterstützen. Wenn die Luzerner Arbeiter-Sport-Internationale kämpfen will, ist die Rote Sport-Internationale bereit, eine gemeinsame Kampffront zu bilden.

Gegen die bürgerliche Turn- und Sportbewegung!
Gegen den Faszismus und die Reaktion!
Gegen die Neutralität des Sportes!
Für proletarischen Klassensport!
Nicht für die Nation, sondern für die Klasse!
Es lebe die Rote Internationale der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung!

Das EK. der Roten Sport-Internationale.

Dürrenberg. Zum Bezirkssängerfest. Der Festausschuß hat seine umfangreichen Arbeiten für die Durchführung des Bezirks-Arbeiter-Sangerfestes in Dürrenberg beendet, und alles was in seinen Kräften stand getan, um die Arbeitersängerschar den Aufenthalt in unserem Badeorte so angenehm wie möglich zu gestalten. Die gesamte Arbeiterschaft von Durrenberg ist stolz, die Arbeiter-Sänger als Gäste begrüßen zu können. Das Fest selbst wird in vollen Umfange zur Durchführung gelangen, da auch der Festumzug vom Amtsvorsteher genehmigt worden ist. Willkommen, Arbeitersänger in Dürrenberg!

Wolfen. Was alles gestohlen wird, zeigt ein Fall, der sich hier zugetragen hat. Vom Dache des Wöchnerinnenheims der Wohlfahrts-Anstalten der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation ist eine der 3 Meter langen Blitzableiterstangen umgebogen und das aufgesetzte Stück von 1 Meter mit dem dazugehörigen Kabel und der Platinspitze abgebrochen und gestohlen worden. Die Täter haben allem Anschein nach das Dach von der Straßenseite aus über die Veranda erklettert und sich auf gleiche Weise mit ihrer Beute entfernt. Am selben Orte wurde in der Nacht vom 6. zum 7. Juli in der sogenannten „Pfählermark" aus einem Brunnen das kupferne Saugrohr gestohlen.

Eilenburg. Gelandete Leiche. Der Leichnam des seit Sonnabend vermißten Schulknaben Helmut Junge, genannt Linke (Rollenstraße 20) ist in der letzten Nacht in der Mulde bei Zschepplin gelandet und geborgen worden. Der Knabe ist in der Mulde beim Baden ertrunken.

Dessau. Verurteilter Pressesünder. Von der Strafkammer Dessau wurde der Chefredakteur der „Anhaltischen Rundschau" in Dessau, Melchert, wegen öffentlicher Beschimpfung der republikanischen Staatsform zu 100 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte einen Artikel des demokratischen Amerikaners Fred W. Elven veröffentlicht, in dem man Beleidigungen gegen Mitglieder der früheren Regierung Wirth erblickte.

Aus der Jugendbewegung

Alle Funktionäre der Ortsgruppen Brehna, Landsberg, Roitzsch, Holzweißig, Bitterfeld, Greppin, Friedersdorf, Golpa, Schladitz und Delitzsch müssen am Sonntag, dem 15. Juli, vormittags 9 Uhr, zu einer wichtigen Sitzung erscheinen. Das Erscheinen aller Funktionäre ist unbedingte Pflicht. Tagesordnung wird in der Sitzung bekanntgegeben.

Politischer Teil

Justizschande und Zuchthausgreuel!

Aus dem berüchtigten Zuchthaus **Münster** kommen immer neue Hilferufe, der dort durch die Ruhraktion in Untersuchungshaft genommenen Genossen. Ein großer Teil Leute, denen nicht das Geringste nachgewiesen werden kann, sitzen schon seit einigen Wochen schuldlos dort. Behandlung und Verpflegung ist geradezu skandalös. So schreibt ein Genosse:

„. . . . Weiterhin soll ich russische Gelder nach Dortmund gebracht haben.

Also Sachen, die, obwohl sie kompletter Unsinn sind, trotzdem für die Prozeßführung besonders typisch sein dürften. Meine Aussagen fallen kaum ins Gewicht. Ich stehe gegen eine Anzahl **Polizeieide**, die ja in Deutschland die allen **politischen Prozessen** als besonders qualifiziert gelten.

Wir dürfen jetzt, nachdem der Justizminister das Rauchverbot aufgehoben hat, auch rauchen, natürlich, wenn man es hat. Bis jetzt sind meine 100 000 Mark noch nicht freigegeben, weil die hundert Tausendmarkscheine anscheinend der Rest der russischen Propagandagelder sind. Also kann mir die Aufhebung des Verbotes nicht viel nützen. Die Einzelhaft wurde heute aufgehoben. Lebensmittel können wir ebenfalls empfangen.

Die Erlaubnis war schon in der vorigen Woche hier, ich habe nicht eher Gebrauch hiervon gemacht, bis alle Genossen in den Gebrauch dieser Rechte kamen. Das Essen wird jetzt **noch minderwertiger** als früher. Die Strafanstalt hat **keine Kartoffeln** mehr, neue bekommt sie nicht. Das **fettlose Essen** wird jetzt noch dünner; es ist Wasser in allerhand Variationen. Das Hungergebrüll wird jetzt stärker. Täglich, zu verschiedenen Zeiten, ertönen die Schreie der Straf- und Untersuchungsgefangenen aus den Fenstern in die Stadt: Hunger, Kohlendampf! Man trägt sich jetzt wieder mit der Idee, auch den Strafgefangenen wieder das Rauchen zu gestatten, damit der bohrende Hunger betäubt wird. Am Sonntag hatte der Direktor die Strafgefangenen zu einer Versammlung in die große Halle zusammengeholt. Man wollte die Strafgefangenen mit politischen Mätzchen füttern, sprach vom Ruhreinbruch der Imperialisten, von der französischen Frechheit, der man die nationale Einheitsfront (im Zuchthaus!) entgegenstellen müsse und dergleichen. In der Diskussion haben die Gefangenen allerdings anders gepfiffen. Die Strafgefangenen haben ganz richtig diese Hungerkur mit der **Klassenjustiz** in Verbindung gebracht. Wir Untersuchungsgefangene sind also ein Luxus, den sich die Klassenjustiz des **bankrotten Klassenstaates** auf Kosten der Strafgefangenen leistet. Obwohl der Staat die Strafgefangenen nicht mehr ernähren kann, läßt man eine erkleckliche Zahl von politischen Gefangenen in Haft, obwohl man ihnen nichts rechtes nachweisen kann.

Dieses alles hatte ich schon einmal geschrieben. Der **Brief ist festgehalten** worden und das Amtsgericht teilte mir mit, daß ich keine derartigen Sachen berichten dürfe."

Aus der berüchtigten **Strafanstalt Hameln** kommt die Schreckenskunde, daß am 4. und 5. Juli ein großer Teil der Strafgefangenen an Vergiftungserscheinungen darniederliegt, und so geht es in einem fort.

Aus dem berüchtigten Sammellager **Sielow bei Kottbus** mehren sich ebenfalls die Hilfeschreie. Die Internierten werden von **Ungeziefer** fast aufgefressen; es fehlt jegliche Badegelegenheit. Die Verpflegung soll so schlecht sein, daß es unmöglich ist, auf die Dauer dabei zu bestehen. Zu allem „Ueberfluß" hat ein großer Teil der Gefangenen keine Kleider. Daher müssen die Internierten Tag und Nacht auf ihrer Pritsche liegen bleiben. Die Lagerverwaltung liefert keinen Ersatz für die verbrauchten Kleidungsstücke. Nach all dem wird es endlich Zeit, daß die deutsche Arbeiterschaft, gleichviel welcher politischen Richtung dieselbe angehört, sich aufrafft, um diesen schmachvollen, kulturwidrigen, aller Menschlichkeit hohnsprechenden Zuständen ein Ende zu machen.

Ausland

Aus dem Faszisten-Paradies Italien

In Rom haben die Bauherren entschieden, sich an die Regierung zu wenden, damit diese eingreift und die bestehenden Differenzen zwischen ihnen und den Bauarbeitern schlichtet. Die Arbeiter hatten sich bekanntlich geweigert, den Lohnabbau anzunehmen.

In vielen Betrieben der Metallindustrie von Mailand haben zahlreiche Entlassungen stattgefunden. Arbeiter, die zum Teil seit dreißig Jahren ununterbrochen in den einzelnen Betrieben tätig waren, sind ohne erkennbaren Grund entlassen worden. Beschwerden von seiten der Betriebsräte hatten keinen Erfolg.

Die Textilarbeiter der Firma Doddoli in Lucca traten in den Streik, weil ihr Lohn um 20 Prozent herabgesetzt werden sollte. Den faszistischen Gewerkschaftsführern gelang es, die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu überreden und sie auf weitere Verhandlungen zu vertrösten.

Die Handlungsgehilfen werden in Mailand in den Läden aufs schändlichste ausgebeutet. Eine Arbeitszeit von 11 Stunden ist nichts Ungewöhnliches, und die Regierung tut absolut nichts, um eine Durchführung des Achtstundentages sicherzustellen.

Eisenbahnerentlassungen in Italien

In Turin wurden 200, in Mailand 400, in Verona 190, in Padua 100 Eisenbahner entlassen. Unter den Entlassenen befinden sich ein Stationsvorsteher, ein Bureauvorsteher und der Chef der Telegraphenstation der Eisenbahnanlagen von Verona. In Mailand befinden sich unter den Entlassenen solche, die ein Dienstalter von 15 bis 20 Jahren haben. In Genua, wo auch zahlreiche Entlassungen stattfanden, fürchtete man Unruhen, und es wurden daher die Bahnhöfe von faszistischen Hundertschaften besetzt, die dort mit aufgepflanztem Bajonett die Anlagen bewachten. Der „Avanti" bemerkt dazu, daß die Bahnhöfe in Genua und Sampierdarena genau so aussähen wie Bahnhöfe im Ruhrgebiet, wo die deutschen Eisenbahner durch französische Bajonette gezwungen würden, den Willen der französischen Imperialisten auszuführen. In Italien täten das gleiche für den italienischen Kapitalismus faszistische Hundertschaften.

Gewerkschaftliches

Verbrecher an der Gewerkschaftsbewegung

In einer Bezirksversammlung der Buchdrucker in Rudolstadt sprach der neugewählte Gauvorsteher **Wislaug** (früher Altenburg) über „Wirtschaftspolitische Streiflichter". In der Diskussion verlangte Kollege Dänhardt zur Arbeitslosenfrage, daß die Gewerkschaften die Arbeitslosen zusammenfassen sollen, und zwar auch die Unorganisierten, damit sie nicht dem Faszismus in die Hände fallen und für die Gewerkschaften gewonnen werden.

Wislaug sagte darauf im Schlußwort, man solle die Unorganisierten einfach als Gelbe behandeln. Auf einen Zwischenruf, der die Konsequenzen andeutete, fügte er hinzu:

„Die unorganisierten Erwerbslosen sollen sich mutig den faszistischen Organisationen anschließen."

Diese Auffassung spricht Bände über die Eigenschaften eines Mannes, der sich in der Leipziger Generalversammlung den Anstrich eines „linken" Sozialdemokraten gab.

Der Transportarbeiterstreik in Barcelona

verschärft sich immer mehr. Etwa 100 000 Arbeiter sind bereits wegen Material- oder Kohlenmangel zum Feiern genötigt. Besonders unangenehm ist der Bourgeoisie der Streik der Straßenreiniger, welcher dazu geführt hat, daß die Straßen der Stadt im Schmutz geradezu begraben sind.

Vom Tage

Frauenmord im Nordosten Berlins

Gestern vormittag wurde die Frau eines Eisenhändlers, **Fanny Förster**, auf ihrem Eisenplatz in der Prenzlauer Allee 181, an der Ahlbecker Straße, tot aufgefunden. Es liegt Mord vor. Der Ermordeten ist mit einem Beil der Kopf gespalten worden. Der bisher unbekannte Täter versteckte die Leiche unter Decken und ergriff die Flucht. Die Mordkommission erschien mittags am Tatort. Die Kriminalpolizei hat die notwendigen Maßnahmen zur Feststellung und Ergreifung des Mörders eingeleitet.

Der Ehemann der Ermordeten befindet sich gerade auf einer Reise nach Ahlbeck, um seinen ältesten Sohn dorthin zu bringen. Außerdem hinterläßt die Ermordete noch ein zweites Kind im Alter von dreiviertel Jahren. Was den Täter betrifft, so nimmt man an, daß es sich um einen früheren Angestellten des Althändlers handelt. Er hat auch das Dienstmädchen der Frau Förster in deren Wohnung gefesselt. Es gelang ihr jedoch, sich zu befreien und sofort die Polizei zu benachrichtigen.

Noch ein Frauenmord. Ein zweiter Mord ereignete sich bei **Beelitz**. Die 60jährige Landwirtsfrau **Thiele** aus Stücken besuchte gestern ihren Schwiegersohn, Landwirt Dielitz in Rieben bei Beelitz, um während der Ernte bei den Kindern zu bleiben. Gegen 11 Uhr vormittags klopfte ein Bettler an und bat um ein Almosen. Frau Thiele gab ihm einige Geldstücke und Brot. Um 12 Uhr fand man die Frau erwürgt auf dem Fußboden liegen. Die Potsdamer Staatsanwaltschaft hat sich nach dem Tatort begeben.

Arbeiter-Sport

Hallescher Fußballklub „Minerva". Sonntag 4 Uhr: Reideburg 1. gegen Minerva 2. Die Spiele der Jugend und Schüler fallen wegen der Hitze aus. — Sonnabend 8 Uhr müssen sämtliche Minervasportler bei Stutzer erscheinen, da Platzangelegenheiten geregelt werden müssen. Nichterscheinen wird satzungsgemäß bestraft. Sonntag früh 5 Uhr: sämtliche Spieler nach dem „Rosengarten" („Erholung"), dort Abbauen des alten Minervaplatzes. Es ist Pflicht eines jeden, sich an den Arbeiten zu beteiligen.

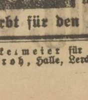
HFC. Teutonia 08. Sonntag, den 15. Juli, fährt die 1. und 2. Mannschaft nach Dessau, um dort Freundschaftsspiele auszutragen. Die Mannschaften stehen wie folgt: 1. Mannschaft: K. Krüger, P. Stroisch, G. Korn, P. Haack, R. Böhme, W. Mathäus, P. Wolf, M. Hädicke, P. Schulze, W. Schulze und O. Weise. 2. Mannschaft: O. Kürschner, W. Ruthenberg, P. Emmerich, A. Henze, K. Nützer, P. Enders, E. Kostol, P. Kietz, F. Hartmann, P. Hädicke und F. Rappsilber, Ersatz Heinke. Abfahrt des Zuges 10.55 Uhr. Die Mannschaften treffen sich eine halbe Stunde vorher am Bahnhofseingang. Die 1. Jugend spielt früh 9 Uhr gegen Ballspielklub 1. Jugend auf der Peißnitz. — Den Vorstandsmitgliedern zur Kenntnis, daß von jetzt an die Vorstandssitzungen jeden Mittwoch im Vereinsheim „Kühler Brunnen" stattfinden.

2. Kreis, 6. Bezirk. Die in der letzten Nummer des Kreismitteilungsblattes bekanntgegebene Kinderturnstunde für Knaben am 15. Juli fällt aus. Der Bezirkskinderturnwart hat die Turnstunde auf den 5. August, vormittags 9 Uhr, nach der Johannesschule in Halle verlegt. Beachtet das 13. Kreismitteilungsblatt.

Germania-Felsenfest gegen Boxklub International. Auch der Boxsport kommt am Sonntag zu seinem Rechte. Obwohl Germania-Felsenfest den Ringkampf als ersten Punkt in den Uebungsbetrieb eingesetzt hat, ist die Mannschaft jetzt schon ein gefährlicher Gegner im Boxen geworden. Es sind also spannende Kämpfe zu erwarten. Die Mannschaften treten wie folgt an: International: Karl Gutsche, 105 Pfund; Erich Stöber, 118 Pfund; Karl Sander, 128 Pfund; Herm. Lehmann, 132 Pfund; Germania-Felsenfest wie folgt: Fritz Blum, 104 Pfund; Georg Nadebus, 116 Pfund; Otto John, 124 Pfund; Paul Hoffmann, 132 Pfund. Leiter der Kämpfe ist Karl Mehlgarten. Die Kämpfe beginnen pünktlich 11 Uhr in den Thaliasälen. Vor dem Ringkampf: Oesterreich gegen Germania-Felsenfest.

HFC. Sportlust 07. Resultate: Die erste Mannschaft weilte in Bitterfeld. In der Vorrunde spielte selbige gegen Leipzig-Markranstädt nach Spielverlängerung mit 0:1; in der Endrunde gegen Bitterfeld 03 mit 4:3. 2. Mannschaft spielte in Eisleben gegen Wacker 2. mit 7:5. 3. gegen Viktoria 3. mit 0:3. Sportlust mußte für seinen guten Torwart und linken Läufer, die nach Rumänien abreisten, Ersatz einstellen, der sich zum Teil bewährte. 1. und 2. Herren spielen am 15. Juli gegen VfB. Trotha auf der Peißnitz in folgender Aufstellung: 1. Mannschaft: Ballschuh, Becker, Rosenbaum, Dietrich, Autem, Bereck 1, Winkler, Blume, Neuschel, Böhme, Brewell. Anfang 5 Uhr. 2. Mannschaft: Heinicke 2, Blocksdorf, Sänger, Thiele, Neumann 1, Straube, Heinicke 1, Weiße, Denkewitz, Bereck 2, Henze, Neumann 2. Anfang ¼4 Uhr.

Sportsfreunde



Beim nächsten Bedarf von Drucksachen denkt an die Druckerei des „Klassenkampf", Halle, Lerchenfeldstr. 14; sie liefert Statuten, Programme, Mitteilungsblätter, Karten usw. schnell, gut und preiswert. Fernruf Nr. 2251

Sportsgenossen, werbt für den „Klassenkampf"!

Verantwortlich: Konrad Finkelmeier für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Befreites Land

Die ostpreußischen und sächsischen Landarbeiter niedergerungen

Durch den niederträchtigen Verrat der DLV.-Bureaukraten ist es den ostpreußischen Junkern gelungen, ähnlich wie in Schlesien, die seit Wochen im Kampfe stehenden Landarbeiter niederzuringen. Schon der schlesische Landarbeiterstreik hat gezeigt, daß die sozialdemokratische Verbandsbureaukratie des DLV. im Interesse ihrer Arbeitsgemeinschaftspolitik mit den Großagrariern bereit ist, auch in jedem Fall die Interessen der Landarbeiter zu opfern. Das, was sich aber der DLV. in Ostpreußen geleistet hat, ist in der Gewerkschaftsbewegung einzig dastehend. Das Abkommen, das mit den Agrariern dort geschlossen ist, ohne die Landarbeiter darüber zu fragen, bedeutet die Preisgabe der elementarsten gewerkschaftlichen Interessen der Landarbeiter, bedeutet praktisch den Tod des DLV. in Ostpreußen.

Aus den Bedingungen seien nur einige Punkte herausgegriffen:

1. Der Landarbeiterverband fordert spätestens in 24 Stunden nach Unterzeichnung des Abkommens zur restlosen Wiederaufnahme der Arbeit auf.
2. Spätestens drei Tage nach Unterzeichnung des Abkommen haben die Arbeitnehmer das Arbeitsangebot zu machen (d. h. also, jeder Landarbeiter ist entlassen und muß um die Wiederaufnahme der Arbeit bei seinem Arbeitgeber nachsuchen. D. R.).
3. Maßregelungen, Entlassungen und Kündigungen finden bei denjenigen Arbeitern, deren Teilnahme in den Streiks im Mai und Juni nur in der Nichtleistung der Arbeit bestanden hat, nicht statt.
4. Arbeitnehmer, die annehmen, einen derart wichtigen Grund zur sofortigen Entlassung nicht gegeben zu haben, sind berechtigt, die tarifliche Schlichtungsstelle in Königsberg zur Entscheidung des Streitfalles anzurufen. Erfolgt die Anrufung nicht spätestens am achten Tage, so erfolgt daraus das Einverständnis des Arbeitnehmers mit seiner Nichtwiedereinstellung (das bedeutet, die Entlassung aller hervorragend an dem Streik beteiligten Landarbeiter, seien es Betriebsräte oder Ortsgruppenleiter des DLV. oder Landarbeiter, die irgendwie zur Arbeitseinstellung aufgefordert haben. D. R.).

Für die Kreise Niederung und Pillkallen ist ein Sonderabkommen getroffen worden, in dem die Bestimmung über das Schiedsgericht und die Sonderbestimmung über die Bezahlung der Notstandsarbeiten nicht enthalten ist, da hier der Streik trotz seiner „kommunistischen" Herkunft teils von den DLV.-Funktionären geduldet, teils direkt begünstigt worden sei, ist noch ein drittes Abkommen getroffen worden, wonach in schleunigst zu berufenden Versammlungen Verhandlungen über die Haltung dieser Funktionäre und die daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen Vereinbarungen getroffen werden sollen.

Man stelle sich also vor, die Mitglieder des DLV. treten, wenn auch gegen den Willen ihrer Führer in einen Streik, um mit Hilfe desselben eine Besserung ihrer elenden Lage herbeizuführen, und die DLV.-Bureaukraten verhandeln nun mit den Gutsbesitzern, was mit diesen Landarbeitern geschehen soll, was nichts anders heißen kann, als daß die DLV.-Bureaukraten eingewilligt haben, daß diese Landarbeiter nicht nur aus der Brotstelle fliegen, sondern, daß sie mit den Arbeitgebern über den Ausschluß dieser Kollegen aus der Organisation verhandeln.

Angesichts dieses schmählichen Verrats der DLV.-Führer in Ostpreußen können und dürfen die Landarbeiter nichts anderes tun, als daß sie dieses Abkommen als einen Fetzen Papier betrachten, diesen zerreißen und ihn diesen Verrätern ins Gesicht werfen, d. h., die Landarbeiter in Ostpreußen dürfen, wenn sie nicht ganz und gar dem Terror der Gutsbesitzer ausgeliefert sein wollen, den Kampf nicht abbrechen, sondern ihn in verschärfter Form bis zum Siege durchführen.

Den Landarbeitern in der Gegend von Leipzig und Sachsen hat die Bureaukratie des DLV. denselben Streich gespielt, dort wurden die Landarbeiter von den Gutsbesitzern ausgesperrt, weil sie sich weigerten, den 11stündigen Arbeitstag als Normalarbeitstag anzuerkennen. Statt diesen Kampf, der von den Gutsbesitzern den Landarbeitern aufgezwungen wurde, auszuweiten, um zum Gegenangriff überzugehen, kapitulierte auch hier die Bureaukratie des DLV. Die Landarbeiter werden nun nicht nur 11, sondern 12 und 14 Stunden wieder arbeiten müssen.

Innerhalb sechs Wochen hat nun die DLV.-Bureaukratie drei große, für die Landarbeiter folgenschwere Kämpfe vollkommen verraten und nun ist sie dabei, den vierten großen Landarbeiterkampf, der in Schleswig-Holstein sich entwickelt, abermals preiszugeben, was nichts anderes bedeutet, als daß die Landarbeiter in Deutschland auf der ganzen Linie von den Großagrariern niedergerungen wurden. Den Nutzen daraus zieht einzig und allein die Konterrevolution, die mit dem Verrat der DLV.-Bureaukraten hausieren geht und für die faszistische Organisation unter den Landarbeitern wirbt.

Angesichts dieser großen Gefahr für die gesamte revolutionäre Bewegung in Deutschland ist es Pflicht der Industriearbeiter, sich ihrer Klassengenossen auf dem Lande anzunehmen. Sie müssen von ihren Gewerkschaften aus den ADGB. zwingen, daß er zu diesem skandalösen Verhalten der DLV.-Bureaukraten Stellung nimmt und ihm in Zukunft jede finanzielle Unterstützung versagt, wenn sie die Kämpfe der Landarbeiter nicht anders führen. Greift dann der ADGB. nicht ein, so macht er sich mit verantwortlich, wenn neue hunderttausende Landarbeiter der freigewerkschaftlichen Organisation den Rücken kehren und in faszistische Organisationen überlaufen, hat doch der DLV. durch seinen Verrat innerhalb der letzten 3 Jahre mehr als 500 000 Mitglieder verloren.

Die Landarbeiter aber müssen wir dringend mahnen, nun nicht aus Erbitterung ihrer Organisation den Rücken zu kehren, sondern nun gilt es, jetzt erst recht alle Kräfte anzuspannen, um dieses Gesindel von DLV.-Bureaukraten aus dem DLV. hinauszuwerfen und denselben zu einer wirklichen Kampforganisation umzugestalten. Die bevorstehende Generalversammlung des DLV. muß zur Generalabrechnung mit Euren Führern werden!

Nach der Beendigung des schlesischen Landarbeiterstreiks

Der bisher größte Kampf des deutschen Landproletariats, der Streik der schlesischen Landarbeiter ist zusammengebrochen. Nachdem die Landarbeiter mehr als 4 Wochen mutig im Kampfe ausgehalten hatten und immer noch mit ungebrochenem Kampfwillen ihren Ausbeutern gegenüberstanden, erklärte die DLV.-Streikleitung den Kampf für abgebrochen. Infolge der wenigen Kampferfahrungen der schlesischen Landarbeiter konnte die DLV.-Bureaukratie einem niederträchtigen Diktat der Gutsbesitzer zustimmen und den Streik abwürgen.

Die Ursache zum Abbruch des Streikes bildete die Gefahr für die SPD.-Koalitionspolitik und die DLV.-Arbeitsgemeinschaftspolitik. Diese Gefahr wurde in den letzten Tagen durch die Initiative der Streikenden wesentlich verschärft. Im Interesse der Großen Koalition in Preußen hat der sozialdemokratische Innenminister Severing und dessen Ausführungsorgan, der sozialdemokratische schlesische Oberpräsident Zimmer, die „Technische Nothilfe" und die Schutzpolizei gegen die Streikenden eingesetzt. Der Oberpräsident erklärte alle fälligen Arbeiten für „Notstandsarbeiten" und verlangte von den Streikenden deren Ausführung. Praktisch hätte das das Aufgeben des Streikes bedeutet. Die Landarbeiter antworteten in einer ganzen Reihe von Kreisen mit Einstellung sämtlicher Notstandsarbeiten. Sie kamen damit zu den Maßnahmen des Staates und seines sozialdemokratischen Innenministers in einen verschärften Gegensatz.

In diesem Moment, wo die Landarbeiter selbsttätig in weitem Maße zur Verschärfung des Streikes übergingen, drängte die DLV.-Bureaukratie auf Streikabbruch. Am 18. Juni haben die schlesischen Gutsbesitzer den sozialdemokratischen Oberpräsidenten aufgefordert, dem DLV. die Bedingungen der Gutsbesitzer für eine Aufnahme von Verhandlungen mitzuteilen. Darin wird als Voraussetzung für Verhandlungen gefordert: 1. Herausgabe einer allgemeinen Parole zum Streikabbruch; 2. die Versicherung des DLV., daß er in Zukunft unbedingt die Vertragstreue wahrt; 3. Nichtbezahlung der Streiktage; 4. Maßregelungen sollen wegen Beteiligung am Streik nicht stattfinden, jedoch soll es den einzelnen Arbeitgebern überlassen bleiben, diejenigen Arbeitnehmer zu entlassen, die strafbare Handlungen begangen oder als Rädelsführer mitgewirkt haben.

Dem stellte der DLV. damals noch seine Forderungen entgegen. Am 18. Juni faßten dann die Gutsbesitzer in einer Vertreterversammlung Beschlüsse, die dahingehen, daß sie den Streik als einen Vertragsbruch betrachten, und weil der DLV. auf die gestellten Forderungen nicht eingegangen sei, bedeute dies die Auflösung der Arbeitsgemeinschaft. Eine Erneuerung des Vertragsverhältnisses mit dem DLV. sei nur denkbar, wenn dieser die Forderungen der Gutsbesitzer akzeptiere. Nun suchte die DLV.-Bureaukratie mit aller Kraft die Arbeitsgemeinschaft zu retten, auf Kosten der Landarbeiter. Am 23. Juni brachte sie Verhandlungen zuwege, bei denen beschlossen wurde, die Arbeit am 25. wieder aufzunehmen. Auf welcher Grundlage dies geschehen sollte, darüber herrscht Schweigen. Es wird lediglich mitgeteilt, daß die Vertreter des deutschnationalen „Zentral-Verbandes der Landarbeiter" die bereits festgelegte Verhandlungsbasis abgelehnt habe, woran zum Bedauern der DLV.-Bureaukratie der Abbruch des Streiks zunächst scheiterte. Am 28. Juni gab dann die DLV.-Leitung die uneingeschränkte Unterwerfung unter die von den Gutsbesitzern aufgestellten Bedingungen bekannt und rief zum Abbruch des Streiks auf. Das Ergebnis ist, daß der Tarif vom 16. Februar wieder in Gültigkeit gesetzt wurde (!) und neue Lohnverhandlungen in Aussicht stehen sollen.

Um den Preis der weiteren Verelendung der schlesischen Landarbeiterschaft und der Auslieferung der Landarbeiter an den Terror der Gutsbesitzer und in die Hände der weißen Justiz glaubt die DLV.-Bureaukratie die Arbeitsgemeinschaft und die SPD.-Koalitionspolitik retten zu müssen. **40 bis 50 Jahre Zuchthaus und Gefängnis prophezeit der Gauleiter des DLV. in Schlesien als zu erwartendes Ergebnis.**

Nachdem die DLV.-Bureaukratie die Landarbeiter der Willkür der Gutsbesitzer ausgeliefert hat, erklärt der reaktionäre Scharfmacher und Vorsitzende der schlesischen Gutsbesitzerorganisation, Graf von Keyserlingk, ein Vertragsschluß mit dem DLV. sei eigentlich zwecklos. Er rollt in einem Artikel in der „Deutschen Tageszeitung" vom 1. Juli die Frage für ganz Deutschland auf: ob mit dem DLV. noch Tarife abgeschlossen werden sollen. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen!

Die DLV.-Bureaukraten haben mit ihrer Handlungsweise zugleich auch den stärksten Schlag gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik geführt, indem sie die Folgen dieser Politik dem schlesischen Landproletariat drastisch vor Augen führten. Nicht nur ein großer Teil des schlesischen Landproletariats ist in schärfste Opposition gegen die arbeitsgemeinschaftlichen Führer getreten, sondern auch ein Teil der unmittelbar unter dem Einfluß der Landarbeiter stehenden Kreisleiter des DLV. In den kommenden Kreis- und Gaukonferenzen werden die Landarbeiter Abrechnung halten mit ihrer Führung. **Je rascher diese Abrechnung erfolgt, desto eher wird es möglich sein, den Zusammenbruch der freigewerkschaftlichen Landarbeiterorganisation, des DLV., zu vermeiden.** Die Landarbeiterschaft in Schlesien wird dann ihre Organisation noch stärker ausbauen und sich rüsten für die ihnen nicht erspart bleibenden neuen Kämpfe.

H. R.

Auch die Landarbeiter fordern auskömmliche Löhne

Uns wird von einem Landarbeiter geschrieben:

Durch die immer schneller fortschreitende Zerrüttung unserer Währung und die damit ins maßlose wachsende Verelendung des Proletariats hat das klassenbewußte Proletariat und dessen Drucke langsam folgend der ADGB. die Forderung nach dem wertbeständigen Lohn für das Industrieproletariat aufgestellt.

Wir Landarbeiter sind es ja gewöhnt, als fünftes Rad am Wagen des ADGB. zu gelten; wir haben deshalb vom Deutschen Landarbeiter-Verband auch noch nicht gehört, wie er sich zu dieser Forderung, die auch das Landarbeiterproletariat erhebt, stellt, und wie er sich die Lösung des Problems und, das wichtigste für uns, die Durchführung, die Erkämpfung der Forderung denkt. Vielleicht bequemt sich die Gau- oder Kreisleitung einmal zu einer recht ausführlichen Antwort, die nüchtern, ohne jeden Phrasenschwall sein kann. Phrasen haben wir schon genug gehört, wir möchten gern Taten sehen. Hoffentlich braucht sich die Gau- oder Kreisleitung nicht mangels eigener Gedanken Rat in Berlin zu holen, sie erhielte im übrigen dort nur eine Antwort, die uns nicht befriedigen kann, da in Berlin doch nur Leute sitzen, die unsere besonderen wirtschaftlichen oder sozialen Verhältnisse überhaupt nicht am eigenen Leibe kennengelernt haben oder die heute nicht mehr wissen, wie es tatsächlich um uns Landarbeiter wirtschaftlich und sozial gestellt ist.

Bodengare und Bodenbearbeitung

Von Heinrich Rau.

Jede Bodenbearbeitung ist ein Eingriff in die Natur. Der Landmann ist zu vergleichen mit einem Arzt. Dieser kann lediglich, sei es mittels Opperation, sei es durch Arzneimittel, Krankhaftes unterdrücken, die Heilkraft der Natur fördern, stärken.

Es kommt für den Landmann deshalb darauf an, als Wichtigstes die Bodengare und Krümelung des Bodens weitgehend zu fördern und dem Boden die Stoffe zuzuführen, die die Kulturpflege zu ihrem Gedeihen braucht.

Eine wesentliche Aufgabe der intensiv arbeitenden Landwirtschaft ist die Förderung der Tätigkeit der Bodenbakterien, jener mikroskopisch kleinen Lebewesen, deren Tätigkeit die Bodengare herbeiführt. Mehr oder weniger ist davon ein erfolgreicher Pflanzenbau, ein guter Ertrag des Bodens abhängig.

Der Boden ist bewohnt von einer großen Zahl von Lebewesen, die für den Stickstoffhaushalt, für Durchlüftung und Durchkrümelung des Bodens von ausschlaggebender Bedeutung sind. Was die im Boden lebenden Kleintiergruppen durch unablässige Zerkleinerung und Durchkrümelung der Schollen leisten für den Stickstoffumsatz des Bodens, das wird durch die Kleinpflanzen, die Kieselalgen und Spaltalgen, ergänzt. Die Bedeutung dieser wird noch erhöht dadurch, daß sie nicht nur freien Luftstickstoff dem Boden zuführen, sondern auch wichtige Salpeterbildner sind.

Nicht alle Böden sind gleich stark von diesen Lebewesen bewohnt, weder der Zahl noch der Art nach. Armut an diesen Lebewesen ist die Ursache von ungarem, unfruchtbarem Boden. Untersuchungen haben ergeben, daß eine gedüngte Wiese in einem einzigen Kubikzentimeter Erde nicht weniger als elf Arten und 810 000 Individuen entbielt. Demgegenüber wurden in einer ungedüngten Wiese zur acht Arten und 300 000 Individuen auf gleichem Raum gefunden. Der Wert der natürlichen Düngung (Stalldünger) läßt sich an diesen Tatsachen ganz besonders erkennen. Durch sie wird nicht nur Nahrung den vorhandenen Lebewesen zugeführt, sondern diese werden noch vermehrt, neue werden zugeführt.

Eine bedeutende Rolle spielt hierbei die Stickstoffanreicherung des Bodens. Die Lebewesen können nämlich jahrelang in einer Art Scheintod verharren, durch Stickstoffanreicherung wieder ins Leben übergehen und so ihre nützliche Tätigkeit fortsetzen.

Aufgabe und Tätigkeit dieser Lebewesen ist ferner, den Kohlensäurekreislauf zu fördern, schwerlösliche Düngestoffe (z. B. Phosphorsäure und Kaliverbindungen) zu lösen und ebenso wie den Stickstoff in die Form überzuleiten, in der sie von den Pflanzen aufgenommen werden können.

Hauptaufgabe der Bodenbearbeitung ist, diese im Boden sich abspielenden Naturvorgänge zu fördern und durch planmäßige Düngung jeweils nach der Beschaffenheit des Bodens zu ergänzen. Je mehr das im Boden befindliche Kapital an Pflanzennährstoffen in Umsatz gebracht wird, desto geringer ist der Bedarf an Düngerzuschuß, oder besser gesagt, desto wirksamer kommen Düngungszuschüsse zur Geltung. Um dieses Kapital zu erhalten, zu vermehren, ist rechtzeitiges Umbrechen des Bodens notwendig.

Infolge der Abhaltung von Sonne und Wind durch den Stand der Früchte, Getreide usw. entsteht die sogenannte Schattengare. Die Frucht hat die Verdunstung aus dem Boden und dessen Verkrustung verhütet. Der Boden befindet sich in einem lockeren Zustand. Nach der Ernte verschindet die Schattengare, je nach dem vorherrschenden Wetter schon in wenigen Tagen. Sonne und Wind können ungestört auf die Verdunstung der Bodenfeuchtigkeit einwirken. Die Bearbeitung des Bodens wird dadurch sehr erschwert. An die Stelle der Krümelung der Erdoberfläche tritt die Krustenbildung. Die Kruste verhindert den Zutritt der Luft, die für die Tätigkeit der Lebewesen im Boden wichtig ist, vor allem des Luftstickstoffes, der auch die im Scheintod verharrenden Lebewesen wieder ins Leben ruft. Das Umbrechen des Bodens muß deshalb sofort nach der Ernte stattfinden.

Ein rechtzeitiger Umbruch des Bodens fördert ferner den Zersetzungsprozeß der im Boden befindlichen Pflanzenreste, der „Humussubstanzen". Deren Beschaffenheit ist für die Fruchtbarkeit des Bodens sehr bedeutungsvoll und ist bedingt durch die Möglichkeit des Hinzutretens des atmosphärischen Sauerstoffs. Bei beschränktem Luftzutritt bilden sich saure Verbindungen, Humusäure, wodurch die Wasseraufnahme des Bodens beeinträchtigt wird und die Pflanzenreste in Fäulnis übergehen. Ist jedoch die Zersetzung der Humusstoffe durch genügende Luftzufuhr gereglt, so haben wir nicht einen Fäulnis- sondern einen Verwesungsprozeß vor uns. Durch die Verwesung bilden sich Mengen von Kohlensäure, die auf den Boden lockernd wirken. Es entsteht der bekannte — milde humusboden. Dieser Verwesungsprozeß der Humusstoffe wirkt ebenfalls fördernd auf die Tätigkeit der Lebewesen im Boden. Die Bodengare ist also desto größer, je größer der Humusgehalt des Bodens ist, der Humus selbst fördert den Pflanzenwuchs. Durch planmäßige Düngung wird der Humusgehalt des Bodens noch vergrößert. Nicht zu vergessen ist, daß durch zeitiges Umbrechen des Bodens Pflanzenreste (z. B. Stoppeln) desto rascher der Verwesung zugeführt werden und neue Düngstoffe abgeben.

Die Entwicklung der Bodengare, und zusammenhängend damit der Bodenertrag, ist also sehr abhängig von einer zweckmäßigen Bearbeitung des Bodens. Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß ein in Gare sich befindender Boden soweit wie möglich in Ruhe gelassen werden soll, um die Selbstauflockerung des Bodens nicht zu beeinträchtigen und zu zerstören. Die Gare kann nur bei rechtzeitigem Bearbeiten des Bodens gefördert werden. Zu häufiges Wühlen im Boden ist diesem nur schädlich. Man denke an die Aussprüche vom Toteggen und Totpflügen des Bodens. Ein allgemein gültiges Rezept läßt sich bei der Verschiedenartigkeit des Bodens, sowie der Witterungsverhältnisse für die Bearbeitung nicht geben. Diesen Zeitpunkt zu bestimmen, zu erkennen, ist die Sache des praktischen Landwirts selbst. Die Landwirtschaft ist eben kein Mechanismus. Hier kann nicht Tag und Stunde für die einzelne Tätigkeit im Kalender angegeben werden. Die Kunst der Landwirtschaft liegt darin, wissenschaftliche Untersuchungen und Erkenntnisse mit der Praxis meisterhaft zu verbinden und dadurch tierisches und pflanzliches Leben zu fördern. Diese Kunst übt der Landwirt teils bewußt, teils unbewußt; teils durch überlieferte, teils durch Neuerfahrung und Anwendung der von der Wissenschaft erforschten und gelösten Probleme.

Ein mißlicher Umstand ist der, daß zumal der kleine Landwirt meist nicht viel Zeit und Möglichkeit hat, sich den wissenschaftlichen Forschungen auch nur in geringem Maße zu widmen. Ja, es ist vielfach sogar so, daß der Kleinlandwirt nicht einmal Zeit hat, trotzdem er von der Notwendigkeit überzeugt ist, rechtzeitig die Bearbeitung des Bodens, Pflügen, Walzen, Eggen, vorzunehmen. Ebenso ist es ihm vielfach nicht möglich, die zur Förderung des Pflanzenwuchses notwendigen Düngemittel zuzuführen, nicht aus Unkenntnis über deren Wichtigkeit, sondern aus der einfachen Tatsache heraus, daß diese Mittel zu teuer sind. Das Risiko ist für den Kleinlandwirt sehr groß. Steckt er größere Summen Geld in Düngemittel, so kann er bei Mißernte, verursacht durch ungünstige Witterungsverhältnisse, mit einem Schlag bis über den Kopf verschuldet sein. Der heutige kapitalistische Staat wird ihm aber keine Hilfe leisten, ihn seinem Schicksal überlassen. Wir sehen also auch hierbei, daß sowohl im Interesse der Kleinbauern und des landwirtschaftlichen Fortschritts, als auch der Ernährung des gesamten Volkes es notwendig ist, daß das arbeitende Volk in Stadt und Land mit aller Energie für Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates kämpft. Dann wird es möglich sein, durch Zusammenwirken aller die fortschrittlichen Erfahrungen und Kenntnisse, im Interesse der Volkswirtschaft für alle Arbeitenden, voll auszunützen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230713-13/fragment/page=0007

Leben · Wissen · Kunst

Tyll Ulenspiegel und Lamm Goedzak

108!

Von Charles de Coster

Viertes Buch

1

Von den Dünen von Heyst aus sehen Ulenspiegel und Lamm viele Fischerboote von Ostende, Blankenberghe und Knokke kommen. Sie sind voll Bewaffneter und folgen den Geusen von Zeeland, welche am Hut den silbernen Halbmond mit der Inschrift tragen: „Lieber dem Türken dienen denn, dem Papst."

Ulenspiegel ist frohgemut und trillert wie eine Lerche; von allen Seiten antwortet der kriegerische Trompetenton des Hahnes.

Die Bootsleute rudern oder fischen und verkaufen ihre Fische, und ein Boot nach dem andern legt in Emden an. Dort weilt Guillaume de Bois, welcher im Auftrage des Prinzen von Oranien ein Schiff ausrüstet.

Ulenspiegel und Lamm kommen nach Emden, dieweil die Schiffe der Geusen auf Très-Longs Befehl wieder aufs hohe Meer fahren.

Très-Long, der seit elf Wochen in Emden lag, ward von Ungeduld verzehrt. Er ging vom Schiff an Land und vom Land aufs Schiff, wie ein angeketteter Bär.

Ulenspiegel und Lamm schlendern am Hafendamm umher und erblicken allda einen fürnehmen Herrn mit biedrem Gesicht, der ein wenig Trübsal bläst und beschäftigt ist, mit einem Spieß einen Pflasterstein des Hafendammes herauszubohren. Es gelang nicht, aber er versuchte es dennoch immer wieder, dieweil hinter ihm ein Hund an einem Knochen nagte.

Ulenspiegel nähert sich dem Hund und tut, als wollte er ihm den Knochen rauben. Der Hund knurrt. Ulenspiegel läßt nicht nach und der Hund vollführt ein heftiges Gebell.

Der Herr dreht sich bei dem Lärm um und spricht zu Ulenspiegel:

„Was hast Du davon, dieses Tier zu quälen?"

„Was habt Ihr davon, Herr, dieses Pflaster zu quälen?"

„Das ist nicht das gleiche", sagt der Herr.

„Der Unterschied ist nicht groß", entgegnet Ulenspiegel. „Dieser Hund hält an seinem Knochen fest und will ihn behalten; dieser Pflasterstein hält an seinem Damm fest und will dort bleiben, und es ist das mindeste, daß unsereins sich mit einem Hund abgibt, wenn Leute wie Ihr sich mit einem Pflasterstein beschäftigen."

Lamm stand hinter Ulenspiegel und wagte nicht zu reden.

„Wer bist Du!" fragte der Herr.

„Ich bin Tyll Ulenspiegel, Klasens Sohn, der für den Glauben in den Flammen starb."

Und er sang wie eine Lerche, und der Herr krähte wie ein Hahn.

„Ich bin der Admiral Très-Long", sprach er; „was willst Du von mir?"

Ulenspiegel erzählte ihm seine Abenteuer und gab ihm fünfhundert Karolus.

„Wer ist dieser Dicke?" fragte Très-Long und wies mit dem Finger auf Lamm.

„Mein Geselle und Freund", antwortete Ulenspiegel. „Er will gleich mir mit der holden Stimme der Büchse auf Deinem Schiffe das Lied der Befreiung des Vaterlandes singen."

„Ihr seid beide wackre Leute", sagte Très-Long, „und sollt auf meinem Schiffe mitfahren."

Es war im Februar; scharf war der Wind, stark der Frost. Nach drei Wochen verdrießlichen Wartens verläßt Très-Long Emden wider Willen. Mit der Absicht, nach Texel zu fahren, segelt er von Vlieland ab, ist aber gezwungen, Wieringen anzulaufen, wo sein Schiff vom Eis eingeschlossen wird.

Bald gab es ringsum ein lustiges Schauspiel: Schlitten und Schlittschuhläufer, in Sammet gekleidet, Schlittschuhläuferinnen in Jacken und Röcken, so mit Gold, Perlen, Scharlach und Himmelblau bestickt waren. Burschen und Mägdlein kamen und gingen, glitten, tachten, liefen in langer Reihe hintereinander oder paarweise und sangen das Lied der Liebe auf dem Eise. Oder sie gingen in die mit Fahnen geschmückten Buden und aßen und tranken Branntwein, Orangen, Feigen, Pfefferkuchen, Schollen, Eier, warme Gemüse und Eiekoeken, das sind Krapfen, und Gemüse in Essig, dieweil ringsum Schlitten und Segelschlitten knirschend über das Eis fuhren.

Lamm suchte seine Frau und lief auf Schlittschuhen umher wie die lustigen Männlein und Weiblein; aber er fiel oftmals hin. Inzwischen ging Ulenspiegel in eine kleine Herberge am Hafen, um Speise und Trank zu sich zu nehmen; dort brauchte er seine Portion nicht teuer zu bezahlen, und er schwatzte gern mit der alten Wirtin.

Eines Sonntags gegen neun Uhr kehrte er dort ein und begehrte sein Mittagessen.

„Ei", sagte er zu einem artigen Frauenzimmer, das herbeikam, um ihn zu bedienen, „verjüngte Wirtin, was hast Du mit Deinen früheren Runzeln gemacht? Dein Mund hat all seine weißen, jungen Zähne wieder und Deine Lippen sind rot wie Kirschen. Ist dies sanfte, schalkhafte Lächeln für mich?"

„Nicht doch", sprach sie; „aber was soll ich Dir geben?"

„Dich", sagte er.

Die Frau versetzte:

„Das wäre zuviel für einen mageren Hering wie Dich. Willst Du kein anderes Fleisch?"

Ulenspiegel schwieg.

„Was hast Du mit dem schönen, wohlgestalteten und behäbigen Mann angefangen, den ich oftmals in Deiner Gesellschaft sah?" fragte sie.

„Lamm?" sagte er.

„Was hast Du mit ihm gemacht?" fragte sie.

„Er ist in den Buden harte Eier, geräucherte Aale, gepökelte Fische, Zuertjes und alles, was er zwischen die Zähne bekommen kann, und das alles, um seine Frau zu suchen. Warum bist Du nicht mein, Schätzchen? Willst Du fünfzig Gulden? Willst Du ein güldenes Halsband?"

Doch sie bekreuzte sich:

„Ich bin weder zu kaufen noch zu haben", sprach sie.

„Liebst Du nichts?" fragte er.

„Ich liebe Dich wie meinen Nächsten; aber vor allem liebe ich den Herrn Christum und die heilige Jungfrau, die mir gebieten, ein züchtig Leben zu führen. Hart und beschwerlich sind unsere Pflichten, aber Gott hilft uns armen Frauen. Doch es sind ihrer etliche, die unterliegen. Ist Dein dicker Freund fröhlich?"

Ulenspiegel antwortete:

„Er ist lustig, wenn er ißt, traurig wenn er hungert, und immerdar nachdenklich. Aber Du, bist Du fröhlich oder betrübt?

„Wir Frauen", sprach sie, „sind Sklavinnen dessen, der uns beherrscht!"

„Der Mond", fragte er.

„Ja", sprach sie.

„Ich werde Lamm sagen, daß er Dich besuche."

„Tu das nicht", sagte sie; „er würde weinen und ich desgleichen."

„Sahest Du seine Frau?" fragte Ulenspiegel.

Seufzend antwortete sie:

„Sie sündigte mit ihm und ward zu einer grausamen Buße verdammt. Sie weiß, daß er für den Sieg des Ketzertums aufs Meer geht, das ist ein harter Gedanke für ein christliches Herz. Verteidige ihn, wenn er angegriffen wird, pflege ihn, wenn er verwundet ist; seine Frau trug mir auf, diese Bitte an Dich auszurichten."

„Lamm ist mein Freund und Bruder", antwortete Ulenspiegel.

„Ach", sprach sie, „warum kehret Ihr nicht in den Schoß unsrer heiligen Mutter Kirche zurück!"

„Sie frißt ihre Kinder", antwortete Ulenspiegel.

Und er ging.

An einem Märzmorgen, da ein scharfer Wind blies und das Eis immer dicker ward, also daß Très-Longs Schiff nicht absegeln konnte, feierten die Matrosen und Soldaten des Schiffes allerhand Schlitten- und Schlittschuhfeste.

Ulenspiegel war in der Herberge, und die hübsche Frau sprach tiefbetrübt und wie von Sinnen zu ihm:

„Armer Lamm! Armer Ulenspiegel!"

„Warum jammerst Du? fragte er.

„Wehe, wehe!" sagte sie, „warum glaubt Ihr nicht an die Messe? Ihr würdet gewißlich ins Paradies eingehen, und ich könnte Euch in diesem Leben retten."

Da Ulenspiegel sah, wie sie an die Tür ging und aufmerksam horchte, sagte er: „Du horchst nicht auf den fallenden Schnee?"

„Nein", sagte sie.

„Du leihst nicht dem seufzenden Winde das Ohr?"

„Nein", sagte sie wiederum.

„Noch dem frohen Lärm, den unsere wackeren Matrosen in der Schenke nebenan machen?"

„Der Tod kommt wie ein Dieb", sprach sie.

„Der Tod!" sagte Ulenspiegel. „Ich verstehe Dich nicht. Komm her und rede."

„Sie sind da", sprach sie.

„Wer?"

„Wer?" erwiderte sie. „Die Soldaten von Simonen-Bol, die in des Herzogs Namen über Euch alle herfallen werden. Wenn man Euch hier so gut behandelt, so geschieht es wie bei den Ochsen, die man schlachten will. „Ach", sagte sie, in Tränen zerfließend, „warum erfahre ich es erst jetzt?"

(Fortsetzung folgt.)

Gefängnislied

Auf und nieder geht die Sonne.
Dunkel ist's im Kerker hier,
Auf und nieder geh'n die Posten,
Ach, ach, Tag und Nacht vor meiner Tür.

Geht nur immer auf und nieder,
Ewig haltet Ihr mich nicht!
Kämpfend, siegend meine Brüder,
O, oho, führen wieder mich ans Licht.

Aus: „Kampflieder" (Viva).

Selbstmord ...?

Er endete durch Selbstmord! ...

Nun, Gott ja! Was ist denn weiter dabei. So etwas melden die Zeitungen alle Tage. Jeden Tag nehmen sich Menschen das Leben. Jeden Tag wirft jemand das ihm von Gott geschenkte heilige Leben sündhaft von sich. Jeden Tag werden auf Friedhöfen dunkle Löcher gegraben, etwas abseits von den christlich Gestorbenen natürlich, in denen die sündigen Selbstmörder sang- und klanglos — wie es ihnen zukommt — verscharrt werden.

So denkt der Spießer, wenn ihm sein gutes, bürgerliches Familienblatt von einem Selbstmord berichtet, und danach nehmen sich ja die meisten Menschen auch nur in geistiger Umnachtung das Leben, wegen Nahrungssorgen die wenigsten. — — —

Von dem Tode des jungen Arbeiters meldete die Zeitung des Spießers auch nur kurz: Am Freitagmorgen fand man den stellungslosen Arbeiter Hans R. mit einer Schußwunde am Kopfe tot in der Wohnung seiner Eltern auf. Es liegt Selbstmord vor. Die Beweggründe der Tat sind unbekannt. — — —

Sollten die Beweggründe wirklich so unbekannt sein; warum kann sich wohl ein junger Mensch das Leben nehmen? sagte der Arbeiter, der neben mir auf der Bank saß und sah mich an, mir dabei die Zeitungsnotiz zeigend.

„Nun", gab ich zur Antwort, „die Gründe können verschiedener Art sein. Es kann wegen Liebeskummer geschehen sein, oder aber auch in einer Aufwallung von Lebensüberdruß. Das Wahrscheinlichste wird sein, da er arbeitslos war, daß er sich wegen Nahrungssorgen das Leben genommen hat."

„Nahrungssorgen! Sehen Sie", fiel der Arbeiter ein, „das wird es sein. Aber nehmen wir an, er hätte, da er bei den Eltern wohnte, keine gehabt. Der Vater hatte vielleicht Arbeit und brachte den Sohn noch mit durch. Es wird schwer gehalten haben, aber zu beißen hat er vielleicht gehabt. Aber betrachten wir es mal von einer anderen Seite. Sind Sie schon einmal arbeitslos gewesen? Noch nicht! Sehen Sie, dann will ich es Ihnen sagen. Ich bin arbeitslos und wohne auch bei den Eltern."

Frühmorgens der erste Weg zum Arbeitsamt, Tag für Tag und jeden Tag sagt der Beamte auf hoffendes Befragen: „Nichts." — Und doch geht man wieder hin, jeden Tag. Dann irrt man den ganzen Vormittag herum, klopft an diese Tür und an jene. Nichts! Ueberall nichts. Und dieses eine Wort wirbelt im Kopfe herum, zermalmend, wie ein Mühlenrad.

Da fahren die Leute vorüber in Autos, Kutschen, auf Rädern und Straßenbahnen. Sie haben alle keine Zeit, haben alle Arbeit.

Und dann dieses unbändige Verlangen zu arbeiten — dieses Zerren der schlaffgewordenen Muskeln, die sich nach Arbeit sehnen und dann überall die eine Antwort: „Nichts."

Mittags. Man tritt in die Wohnung. Der Mutter Blick fragt schon bangend und dann sagt man wieder dies eine Wort: „Nichts."

Die Mutter tut das Essen auf, spricht kein Wort, kann nicht sprechen. Nur über den Kopf streicht sie tröstend.

Nachmittags dasselbe. — Abends, wenn der Vater kommt, die erste Frage: „Na, Junge, wie ist's" und dann wieder als Antwort: „Nichts!"

Und dann die beiden Alten ansehen müssen, der Vater mit dem gebeugten Rücken und dem weißen Haar, müde und abgearbeitet. Die Mutter, mit den Schmerzens- und Sorgenfalten im Gesicht, und dann immer denken müssen: „Du ißt ihnen das bißchen, was sie haben, weg, und bist doch so jung und stark."

Und dann, die ganzen Freuden des Lebens liegen da vor Dir ausgebreitet; aber sie sind nicht für Dich, nur für andere. — — —

„Sehen Sie", schloß der junge Mensch da neben mir, „das wird es gewesen sein. Dieses immerfort anhören müssende Wort „Nichts" und dieses immerwährende Denken: „Du ißt ihnen das Brot noch weg", das wird es gewesen sein."

Er stand auf.

„Vielleicht", sagte er dann, „ist es feige. Vielleicht ist es falsch, was er getan hat. Aber, wenn man so lebt, so lebt wie wir, dann ist es vielleicht ..."

Was noch kommen sollte, hörte ich nicht mehr, denn die letzten Worte sprach er schon im Fortgehen.

Ich sah, ihm nach und dachte:

„Sie verdeckt ihre Sünden gut, die liebe bürgerliche Gesellschaft. — Selbstmord! Die Beweggründe der Tat sind unbekannt" steht nachher in ihrer Zeitung." — —

Karl Quesig.

Der erste Sowjet-„Chef" der Gefangenen des Westens

A. H. Unter den aktiv an der Hilfsaktion für die Kämpfer der Revolution beteiligten Organisationen ist in erster Linie die von Wjatka hervorzuheben.

Das Zentralkomitee der IRH. hat durch besonderen Beschluß die Tätigkeit der Wjatkaer Abteilung als mustergültig anerkannt und ihr tiefgefühlten Dank ausgesprochen. Die Tätigkeit der IRH. ist noch ganz neu, noch im Stadium der Entfaltung. Darum verdient die Tätigkeit der Wjatkaer eine ausführliche Schilderung.

Die Wjatkaer Abteilung der IRH. wurde Mitte Januar dieses Jahres organisiert. Die Leitung bestand aus den Genossen Minjkof (verantwortlicher Sekretär des Gouvernementskomitees) als Vorsitzenden, aus den Genossen Remischevski, Masalkof und Markowitsch als Mitgliedern und dem Genossen Ischerpanof als Kassierer. Die Beteiligung der Führer der Partei- und Sowjetarbeit des Gouvernements an der „Roten Hilfe" wirkte günstig auf die Entfaltung der Abteilung.

Die erste von der Wjatkaer Verwaltung unternommene großangelegte Maßnahme bestand in der Organisation einer Kampagne für die „Rote Hilfe" am 9. Januar. Auf Anregung der Verwaltung der Wjatkaer „Roten Hilfe" beschloß das Gouvernementskomitee und der Gouvernementsrat der Gewerkschaftsverbände, den Tag der 18. Jahreswende des „blutigen Sonntags" als einen Tag der Hilfe für die Gefangenen des Kapitalismus zu bestimmen, die in den Gefängnissen und Kasematten der kapitalistischen Länder schmachten. Die mit den Losungen der „Roten Hilfe" veranstaltete Kampagne hatte einen großen Erfolg. Der Gedanke der Unterstützung der westlichen Genossen fand in den breitesten Massen den begeisterstten Wiederhall.

Dieser Stimmung Rechnung tragend, beschloß die Wjatkaer Verwaltung der „Roten Hilfe", sie organisatorisch zu gestalten. Es wurde ein Statutenprojekt der Wjatkaer Abteilung der IRH. ausgearbeitet. Mitglied des Vereins kann nach den Statuten jeder Arbeiter, Angestellte und Bauer sein, der 16 Jahre alt ist, die Diktatur des Proletariats anerkennt und auf dem Standpunkt des Klassenkampfes zur Erreichung des Kommunismus steht, sich aktiv an der Arbeit des Vereins beteiligt, regelmäßig in den Vollversammlungen anwesend ist und den Eintrittsbeitrag entrichtet hat. Mitglieder des Vereins können auch Arbeiterorganisationen, einzelne Fabriken und Werke, Gewerkschaften und andere Gruppen sein, die kollektiv auf Beschluß einer Vollversammlung ihrer Mitglieder eintreten.

Personen, die nicht auf dem Standpunkt des Klassenkampfes stehen, sich am Kampfe gegen die Arbeiterklasse beteiligten und kein aktives und passives Wahlrecht in der RSFSR. besitzen, können nicht Mitglieder des Vereins sein.

Nach Ausarbeitung der Statuten wurde unverzüglich eine Kampagne zur Werbung von Mitgliedern für die Wjatkaer Abteilung der IRH. beschlossen. Schon im Februar wurden die folgenden Organisationen Mitglieder der „Roten Hilfe": Angestellte der Arbeiter- und Bauerninspektion, Angestellte der Gouvernements-Agrarverwaltung, Angestellte des Gouvernementskomitees, Arbeiter der Fabrik „Tschopetz", die kommunistische Zelle der Fabrik „Roter Stern", die Arbeiter der Textilfabrik „Rote Arbeit", die Arbeiter und Angestellten des Gouvernements-Genossenschaftsverbandes, das Rajon-Komitee und die Betriebsausschüsse des Metallarbeiterverbandes, die Angestellten des Gouvernements-Vollzugsausschusses, die Kolarzmisten und Kommandeure der Abteilung der Politischen Staatsverwaltung, die Angestellten der Wjatkaer Forstverwaltung, das 2. Rajon-Komitee der KPR., die Angestellten des revolutionären Tribunals, die Wjatkaer Bezirksorganisation der KPR., die Angestellten der Gouvernementsmiliz, der Gouvernementskriminalpolizei und die kommunistische Zelle des Eisenbahndepots der Nord-Eisenbahn in Perm.

Die Hilfs- und Werbekampagne beschränkte sich nicht ausschließlich auf die Stadt Wjatka. Im gleichen Maße wurden auch die Landbezirke und Kreise erfaßt. Die Stadt Kotelnitsch veranstaltete Ende Februar eine Hilfswoche, die Bezirksparteikonferenz in Malmisch forderte alle Mitglieder ihrer Organisation und alle Werktätigen zum Eintritt in die Malmischer Abteilung der IRH. auf.

Wir besitzen zur Stunde noch keine genauen Angaben über die Gesamtzahl der Mitglieder der Wjatkaer Abteilung der IRH. Nach vorsichtiger Schätzung zählt die Wjatkaer „Rote Hilfe" gegenwärtig ungefähr 30 000 Mitglieder. Laut einstimmiger Meinung der Führer der Parteiorganisationen des Gouvernements fördert die Organisation der Abteilung der „Roten Hilfe" und ihre Tätigkeit in Wjatka in bedeutendem Maße die Festartung des Bandes zwischen der Partei und den parteilosen Massen. Durch die Beratungen über die Fragen der „Roten Hilfe" gelangen die parteilosen Mitglieder des Vereins in eine tägliche enge Verbindung mit den Mitgliedern der Partei, so daß auf der Grundlage der Organisation der „Roten Hilfe" für die verhafteten Proletarier des Westens ein praktischer brüderlicher Zusammenschluß und Verschmelzung des Vortrupps mit der Masse stattfindet.

Der stets wachsende Zufluß von Geldspenden und die in Natura gespendeten Beiträge der Bauern haben die Leitung der Wjatkaer „Roten Hilfe" veranlaßt, die Wjatkaer noch enger mit der Weltbewegung der Arbeiter zu verknüpfen. Anfang März übernahm die Wjatkaer Abteilung der IRH. die Rolle eines „Chefs" der Verhafteten dreier Gefängnisse: Niedenschönenfeld (Bayern), Breslau (Schlesien) und Kowno (Litauen).

Der Internationale Tag der Hilfsaktion für die Kämpfer der Revolution (18. März) hat bewiesen, daß sich die Wjatkaer Arbeiter und Bauern ernstlich an die Arbeit gemacht haben.

In einer zusammen mit den Mitgliedern des Arbeiterdeputiertentates und des Gouvernementsgewerkschaftsverbandes veranstalteten feierlichen Sitzung der Mitglieder der Wjatkaer Abteilung der IRH. wurde der Beschluß gefaßt, **den Verhafteten, deren Chef die Wjatkaer Abteilung der IRH. ist, und ihren Familien monatlich 15 000 Rubel zu senden. Die Zöglinge der Kinderhäuser stellten der „Roten Hilfe" 3000 von ihnen genähte Tabakbeutel zur Verfügung.** Die Arbeiterinnen gaben eine Fahne, die parteilosen Arbeiter der polygraphischen Industrie ein Album usw.

Der stets wachsende Einfluß der Wjatkaer „Roten Hilfe" hat es der IRH. ermöglicht, eine solche Maßnahme, **wie Erklärung der Oktberfeiertage für Werktage zum Besten der proletarischen Häftlinge des Westens,** durchzuführen. Am 2. April hat die Stadtversammlung der Mitglieder der Wjatkaer Abteilung der IRH. den Beschluß gefaßt, zum Zeichen der internationalen Solidarität **„an den Oktberfeiertagen zu arbeiten und den Arbeitslohn dieser Tage für die Unterstützung der in den kapitalistischen Gefängnissen schmachtenden Kämpfer zu verwenden." Am 8. und 9. April, als fast alle Fabriken, Werke und Unternehmungen in Sowjet-Rußland stillstanden, arbeitete die Mehrheit der Werktätigen in Wjatka. Textilarbeiter, Metallarbeiter, Eisenbahner, Arbeiter der polygraphischen Industrie und Sowjetangestellte arbeiteten an diesem Tage zum Besten der proletarischen Gefangnen des Kapitals. Auf dem gesamten Gebiet des Bundes der sozialistischen Sowjetrepubliken erschien am 8. und 9. April nur in Wjatka eine Zeitung, deren Ergebnisse zum Besten der revolutionären Kämpfer verwendet wurden.** — Die Oktberfeiertage haben bewiesen, daß die Wjatkaer zu einem der stärksten Ringe jener Kette zu werden versprechen, die die Werktätigen Sowjet-Rußlands mit dem internationalen Proletariat zusammenschließt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230713-13/fragment/page=0008

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags nachm. Bezugspreis im Haus monatl. 15 500 M., durch die Post 14 500 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossensch. i. d. Bez. Halle-Merseburg, e. G. m. b. H. Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1045. 1047. 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 650 M. für den Millimeter Höhe und Spalte, 4000 M. für Reklame. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 63, Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 700 Mark | **Freitag, den 13. Juli 1923** | **3. Jahrgang Nr. 161**

An die Partei!

Das Kabinett Cuno ist bankrott. Die innere und äußere Krise droht in den nächsten Tagen zur akuten Katastrophe zu führen. Die Nachrichten mehren sich, daß im besetzten Gebiet alle Vorbereitungen der rheinisch-westfälischen Separatisten fertig sind, um die Loslösung des rheinisch-westfälischen Pufferstaates vom Reich zu proklamieren. Würden sich im Augenblick nicht die von Frankreich bestochenen führenden Geister dieser Loslösungsbestrebungen wegen der zu verteilenden Posten in den Haaren liegen, dann wäre die erste Aktion zur Verwirklichung ihrer Pläne am 14. Juli, dem Jahrestage des Bastille-Sturmes, zu erwarten gewesen. Der Termin ist nur um einige Wochen aufgeschoben. Wenn nicht alle proletarischen Kräfte sofort zum energischen Kampf gegen diese Hochverräter eingesetzt werden, dann kommt die Rheinland-Republik schneller, als man erträumt.

Die süddeutschen Faszisten, die ihre Hand im Spiele haben und von denen ein Teil der Führer, ebenso wie die Dorten-Leute, von französischen Geldern ausgehalten werden, haben auf ihren Tagungen beschlossen, **die Proklamierung des rheinisch-westfälischen Pufferstaates zum Anlaß zu nehmen, um unmittelbar nach der Ernte ihrerseits loszuschlagen, um sich unter dem Vorwand, die Führung des aktiven Kampfes gegen den Franzoseneinbruch in die Hand zu nehmen, ebenfalls vom Reich loszulösen.** Die Aufmarschpläne der „Vaterländischen Verbände" sind bis aufs einzelne fertig. Ludendorff und Hitler haben alles vorbereitet, um **gegen Sachsen und Thüringen** zu marschieren. Die **norddeutschen faszistischen Organisationen**, die Verbände Pommerns, Oberschlesiens und Ostpreußens, haben alle Vorbereitungen getroffen **zur militärischen Niederwerfung von Berlin und Hamburg.** In Mecklenburg, der Provinz Brandenburg, Pommern werden Reitervereine der Faszisten gebildet. An der Warthe und an der Oder sind bereits Pontons bereitgestellt zum Brückenbau für die faszistischen Stoßtrupps. Die Reichswehroffiziere bilden die Faszisten militärisch aus, Maßgebende Teile der Reichswehr arbeiten Hand in Hand mit den Faszisten. Die Verbindung der Reichswehr mit den Faszisten ist die **militärische Stütze der Konterrevolution,** die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme unterstützen den **Faszismus, um das Stinnesprogramm gegen das Proletariat durchzuführen.**

Die sozialdemokratischen Regierungsstellen, die Abgeordneten im Reiche und in den Ländern, haben Berge von Material über die Vorbereitungen der Faszisten und Reichswehrstellen zum Bürgerkrieg. Sie sind zu feig, das Material zu veröffentlichen und die Arbeiterschaft zur Abwehr aufzurufen. Sie wissen, daß der Angriff bevorsteht; sie versuchen, mit einem Teil der deutschen Bourgeoisie die Große Koalition vorzubereiten, um so die Legalisierung des Faszismus dem Proletariat als das kleinere Uebel darzustellen.

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Wir gehen schweren Kämpfen entgegen! Wir müssen die höchste Aktionsbereitschaft entfalten. Auf die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbureaukratie ist kein Verlaß. **Wie in allen bisherigen Abwehrkämpfen des revolutionären Proletariats gegen die Konterrevolution wird die Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbureaukratie die Arbeiter auch jetzt im Stich lassen und verraten.**

Der Angriff des Faszismus braucht nicht in den Formen des Kapp-Putsches zu erfolgen; er kann beginnen als **Reichsexekutive gegen Sachsen und Thüringen**; er kann ausgehen von der Ausrufung der rheinisch-westfälischen Republik und dem Angriff auf die Abwehrbewegung der Arbeiter. **Selbst ein Angriff auf die Lohnkämpfe der Arbeiter kann die faszistische Front aufrollen.** Im Augenblick des Losschlagens der Konterrevolution wird die SPD. zwar wieder heulmeiern und radikale Töne von sich geben. Die Partei muß sich aber darüber klar sein, daß die SPD. und die Gewerkschaftsführer im ernsten revolutionären Abwehrkampf gegen den Faszismus völlig versagen werden, sie als Führer der Arbeiterschaft nicht in Frage kommen.

Wir Kommunisten können in dem Kampf gegen die Konterrevolution nur siegen, wenn es uns gelingt, ohne und gegen die verräterische Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftsbureaukratie, die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitermassen mit uns gemeinsam in den Kampf zu führen.

Zu diesem Zweck müssen sofort alle Vorbereitungen für eine kampffähige Abwehraktion getroffen werden.

Die Kontrollausschüsse müssen jetzt schon sich darauf einstellen, mit den verelendenden Kleinhändlern und Kleinbauern, sowie mit Hilfe der Landarbeiterschaft gegen die Großwucherer, Großhändler und Großagrarier die Versorgung der industriellen Kampfgebiete mit Lebensmitteln vorbereiten.

Die gemeinsamen proletarischen Abwehrorganisationen müssen allen Widerständen zum Trotz unverzüglich aus den Betrieben heraus organisiert werden.

Die Parteibezirke, die mit der Betriebszellenarbeit noch nicht fertig sind, müssen in den nächsten Tagen, **innerhalb kürzester Frist, arbeitsfähige Betriebszellen ins Leben rufen.**

Die Verbindungen der Bezirksleitungen mit den Ortsgruppen der Bezirke untereinander und mit der Reichszentrale sowie der Kurierdienst müssen sofort aufs sorgfältigste organisiert werden.

Die Partei muß ihre Organisationen so schlagkräftig machen, daß sie auch im offenen Bürgerkrieg in keinem einzigen Bezirk versagt.

Im Falle der Lahmlegung der legalen Verkehrsmittel, der Eisenbahn und der Post **bei einem Generalstreik oder bei militärischen Kämpfen,** muß die Verbindung zwischen den Organisationen, der Druck und die Verbreitung von Propagandamaterial usw. unbedingt sichergestellt sein.

Die Pläne der Faszisten sind bis aufs einzelne militärisch durchgearbeitet. Sie haben die Losung ausgegeben: **den Bürgerkrieg auf das brutalste und gewalttätigste durchzuführen. Alle Arbeiter, die den Faszisten Widerstand leisten, sollen, wenn sie gefangen werden, erschossen werden. Zur Niederwerfung des Streiks soll jeder zehnte Mann der Streikenden erschossen werden.**

Den schwersten Stoß haben unsere Genossen im alt- und neubesetzten Gebiet auszuhalten. Alleingelassen von den deutschen bürgerlichen Parteien, verraten von der Sozialdemokratie und von der Gewerkschaftsbureaukratie, unter dem Druck des gewaltigen französischen Militarismus, der brutal, erbarmungslos sein Ziel verfolgt, **wird die Kommunistische Partei den Angriff allein parieren müssen.** Sie kann sich der französischen Waffengewalt nicht mit bewaffneter Macht entgegenstellen, um so wuchtiger muß die Waffe des politischen Massenstreiks angewendet werden.

Der Faszistenaufstand kann nur niedergeworfen werden, wenn dem Weißen Terror der Rote Terror entgegengestellt wird. Erschlagen die Faszisten, die bis an die Zähne bewaffnet sind, die proletarischen Kämpfer, so müssen diese erbarmungslos alle Faszisten vernichten. Stellen die Faszisten jeden zehnten Streikenden an die Wand, so müssen die revolutionären Arbeiter jeden fünften Angehörigen der Faszisten- [illegible] an die Wand stellen.

[illegible] ständig militärisch bewaffnet. Die Arbeiter, die [illegible] ssen wissen, **wo und wie sie im Falle eines** [illegible] In der Hauptsache wird die unbewaffnete [illegible] aszisten zunächst nur durch ihre Masse erdrücken [illegible] den Faszisten, durch die Eroberung der Waffen [illegible] ren Sieg vorwärtstreiben können.

[illegible] Proletariat unter ihrer Fahne in den [illegible] jetzt schon, sofort, alles versuchen, um [illegible] ristlichen und die parteilosen Arbeiter- [illegible] bwehrkampf gegen die Bildung eines [illegible] Pufferstaates zu gewinnen.

[illegible] en sein, unter allen Umständen allein zum Kampf [illegible] Kampfes zu übernehmen.

[illegible] en das Aufpflanzen der Fahne des revolutio- [illegible] nte-Imperialismus, des Widerstandes, der den [illegible] französischen Imperialismus im Bunde mit [illegible] Ziele, die Befreiung Deutschlands, entgegenführt.

[illegible] entgegen. Wir müssen uns und die Massen vor- [illegible] Blut und klarem Kopf. Die festgesetzten Termine [illegible] usgeschoben werden. Das ändert nichts an der

[illegible] und Parteigenossinnen!

[illegible] ein Machtfaktor wie noch nie in der deutschen [illegible] uns neue Mitglieder, neue Leser der Partei- [illegible] presse zu Tausenden und Zehntausenden zu. Die Partei wird in den kommenden Tagen oder Wochen die Feuerprobe ablegen müssen. Gelingt es uns, die breiten Arbeitermassen, die heute kampfwillig sind, mobil zu machen und sie zielklar zu führen, dann kann dieser Kampf nur mit dem Sieg der Arbeiterklasse über die Konterrevolution enden.

Nur wenn wir den Willen zum Siege und zur Uebernahme der Macht haben, wenn jeder Kommunist bereit ist, für die Rettung und Befreiung der Arbeiterklasse sein Letztes zu opfern, nur dann wird unsere Partei die Partei des Sieges sein. Nur dann wird sie die revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung aufrichten, die mittels der Sachwerterfassung und Produktionskontrolle auf Kosten des Großkapitals die Arbeiterklasse, Angestellten, Beamten, den schwerbedrängten Mittelstand vor Untergang und Versklavung rettet und dem französischen Imperialismus eine kampffähige geschlossene Nation entgegenstellt.

Die Partei ist bereit, mit allen denen Schulter an Schulter zu kämpfen, die ehrlich und entschlossen nach innen und außen unter Führung des Proletariats kämpfen wollen.

Auf, schließt die Reihen der Avantgarde des deutschen Proletariats. Im Geist von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg laßt uns kämpfen!

Berlin, den 11. Juli 1923.

Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Komm. Internationale).

Genossen! Dieser Aufruf muß in den Betrieben angeschlagen werden!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230713-13/fragment/page=0009